


134. Sitzung, Dienstag, 13. Dezember 2005, 19.30 Uhr

 Vorsitz: *Hans Peter Frei (SVP, Embrach)*
Verhandlungsgegenstände
1. Mitteilungen..... Seite 9858
6. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2006

 Antrag des Regierungsrates vom 27. September 2005
 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom

 24. November 2005, **4283a** Seite 9858

Verschiedenes

– Fraktions- oder persönliche Erklärungen

- *Persönliche Erklärung Alfred Heer zum Ordnungsantrag Ruedi Lais*..... Seite 9876
- *Persönliche Erklärung Ruedi Lais zu seinem Ordnungsantrag* Seite 9876
- *Persönliche Erklärung Adrian Hug zu seinem Abstimmungsverhalten beim Konto des Steueramtes* Seite 9880
- *Persönliche Erklärung Hans Heinrich Raths zum Ordnungsantrag Ruedi Lais* Seite 9880
- *Persönliche Erklärung Ruedi Lais* Seite 9880

Geschäftsordnung

Ratspräsident Hans Peter Frei: Ich gedenke, die Sitzung zirka um 22 Uhr zu beenden.

Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

6. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2006

Antrag des Regierungsrates vom 27. September 2005 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 24. November 2005, **4283a**

Fortsetzung der Beratungen.

Konto 3400, Amt für Militär und Zivilschutz

Antrag 27a. **Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)**

alt: Fr. - 23'788'600

neu: Fr. - 23'057'700

Verbesserung: Fr. 730'900

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Das Militär hat für den Staat Zürich selbstverständlich eine Bedeutung. Auf nationaler Ebene wissen wir, dass die Armee etwas zurückdimensioniert wird. Wir haben die Sache mit dem Zivilschutz, der einmal eine ganz andere Rolle gehabt hat. Seit 1989 kommt der Feind nicht mehr aus dem Osten, wie das damals war, und der Zivilschutz bekommt eine andere Bedeutung. Es geht mehr Richtung Katastrophenschutz. Trotzdem muss man den organisieren und die Leute schulen. Das Budget dürfte aber genügend sein.

Wir beantragen Ihnen, von den Ausgaben 2 Prozent zu kürzen. Das wären 730'900 Franken. Das würde es wohl ertragen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

Abstimmung

Der Antrag 27a wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 27a mit 85 : 43 Stimmen ab.

Konto 3500, Kantonales Sozialamt

Antrag 28a. *Minderheitsantrag Willy Haderer, Hansruedi Bär, Kurt Bosshard, Christian Mettler und Theresia Weber-Gachnang (KSSG)*

alt: Fr. - 912'176'000

neu: Fr. - 889'282'600

Verbesserung: Fr. 22'893'400

Aufwandreduktion um 2 %. Die Aufwandreduktion ist durch Kürzung der Beiträge an Institutionen und Gemeinden und bei diesen im Sinne von möglichen Effizienzsteigerungen durch die neuen SKOS-Richtlinien zu realisieren.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Wenn ich von Sozialhilfe, von sozialer Unterstützung und von Sozialarbeit rede, dann weiss ich, wovon ich spreche. Meine Erfahrungen basieren auf 16 Jahren direkter operativer Führung in einer Gemeinde, die noch kein professionelles Sozialamt hatte. Meine Erfahrungen gründen auch darin, dass ich diese Professionalisierung in einer Kreisgemeinde mit eingeführt habe. Auch die eher mühsamen Erfahrungen gründen darin, dass wir in den späteren Jahren auch dieses Problem in einer Kreisgemeinde nicht mehr vollumfänglich im Griff hatten.

In den letzten zehn Jahren haben wir in den Gemeinden eine Ausdehnung dieser Arbeit erleben müssen, die uns wesentliche Probleme gebracht hat. Ich spreche nicht nur von den finanziellen Problemen, sondern auch davon, dass wir uns mit einer zunehmenden Anzahl von Betroffenen herumschlagen mussten, auch mit Leuten, die das System ausnützten, die nicht kooperierten, die sich trotz aller Intensität, die wir in diese Arbeit legten, nicht bewegen liessen.

In den letzten zehn Jahren hat die SVP immer intensiver politischen Druck darauf gemacht, dass wir bei den so genannten SKOS-Richtlinien, früher das SKöV – ich habe manche Veranstaltungen in Weggis persönlich mitgemacht und wurde dort ausgebildet –, Korrekturen verlangt haben, weil wir mit den Mitteln und Strukturen, die die SKOS-Richtlinien bis vor zwei Jahren hatten, nicht mehr zuwege kamen.

Es liegt nun ein Jahr hinter uns – hier muss ich Urs Lauffer ein Kränzchen winden, der als Co-Präsident der SKOS wesentlich mitgearbeitet hat –, dass die SKOS-Richtlinien so überarbeitet worden sind, um den Gemeinden bei der Bearbeitung einen Schritt in die bessere Richtung zu ermöglichen. Es waren viele Widrigkeiten zu überwinden. Ich danke Urs Lauffer bestens dafür, dass er das nötige Gewicht mit hineingebracht hat. Ich mache nach diesem Jahr noch ein Fragezeichen dahinter, ob die Revision genügt hat. Es war aber ein ausserordentlich schwieriges Jahr für die Gemeinden, die neuen SKOS-Richtlinien umzusetzen. Der Kanton war nicht nicht willens, uns dabei zu unterstützen, aber er konnte auch nicht mehr tun, als er uns zur Verfügung gestellt hat. Es ist also kein Vorwurf an den Sozialvorsteher. Wir haben in intensiver Arbeit und mit vielen zusätzlichen Stunden in unseren Sozialämtern daran arbeiten müssen, dass wir nun aus den Möglichkeiten und Chancen im neuen Gebrauch der Sozialhilfe etwas machen, das in die bessere Richtung zielt. Wir sind gerade so weit, dass wir zur Umsetzung kommen.

Wir mussten in den letzten Jahren in den Gemeinderäten erleben, dass unsere Sozialminister jedes Jahr kamen und im Oktober bereits so viele Fälle hatten, dass eine Heraufsetzung des Sozialbudgets unumgänglich wurde. Wir haben Jahre erlebt, als die Fortschreibung des zusätzlich steigenden Aufwands nicht die Wirklichkeit war und es wieder einmal nach unten ging. Selbstverständlich hatte dies mit den wirtschaftlichen Veränderungen zu tun.

Es ist nun nötig, dass wir gerade aus dem Jahr 2005 in das Jahr 2006 nicht die stetige Fortschreibung dieser Übung weiterführen. Einerseits haben wir berechtigte Hoffnung, dass es uns im nächsten Jahr wirtschaftlich vielleicht doch nicht mehr so schlecht geht, wie das insbesondere in den letzten zwei Jahren der Fall war. Andererseits bin ich der Meinung, dass wir mit der gekonnten und massvollen Anwendung der neuen SKOS-Richtlinien Erfolge erzielen werden. Sie werden mir nun sagen, wenn ich über 23 Millionen Franken einsparen will, dann könne das kantonale Sozialamt dies gar nicht tun. Da haben Sie Recht. Das ist auch nicht meine Intention. Meine Lösung begründet sich aus dem vorher gesagten, dass die Gemeinden dafür zu sorgen haben, dass sie mit weniger Geld bessere Hilfe über die neuen SKOS-Richtlinien anbieten. Wenn sie das fertig bringen, dann sind die 23 Millionen Franken ein kleiner Klacks. Die Wirkung wird so sein, wenn sich die Situation in den Gemeinden verbessert, dass der Kanton mit seinem kleineren Anteil der Hilfe diese Einsparungen machen kann.

Deshalb bitte ich Sie, den Antrag auch im Sinne eines Signals zu genehmigen, dass die Politik im laufenden Jahr in Sachen Sozialhilfe etwas getan hat und dass die Gemeinden gehalten sind, dies so umzusetzen und nicht einfach fortzuschreiben, wo sie jetzt mit den Ausgaben stehen.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich): Für uns ist dieser Antrag beschämend. Wir Grünen sagen Nein zu Kürzungen bei Beiträgen an Institutionen und Gemeinden. Wir sagen auch Nein zu Kürzungen bei den Sozialhilfeempfängern. Das vorliegende Budget ist nötig. Es geht um die Ärmsten, Willy Haderer. Wir sprechen von einem Existenzminimum von zirka 25'000 Franken jährlich. Der Skandal ist nicht die Zunahme der Kosten, sondern die stetige Zunahme der Zahl derjenigen Menschen, die unter dem Existenzminimum leben und damit auf unsere Hilfe angewiesen sind und die ständige Zunahme der Armut. Bereits jedes sechste oder siebte Kind lebt in Armut. Das müsste zu Überlegungen führen, welche gezielten Massnahmen gegen diese Armut ergriffen werden können und nicht 50 Franken monatlich das Existenzminimum zu senken oder mit den neusten Sanierungsmassnahmen die Beihilfen zu streichen. Ich komme nicht darum herum, Ihnen ein paar Zahlen zu zeigen. Wir haben gestern und heute mehrfach gehört, wie schlecht es wirtschaftlich gehe und unter anderem darum auch bei den Untersten gestrichen werden muss. Die Realität ist eine andere. Wir haben immer mehr Reiche. Im neusten «Facts» sehen wir die Zahlen: 185'000 Millionäre in der Schweiz – eine Zunahme nur im Jahr 2004 von 3,2 Prozent. Dazu werden die Reicher immer reicher. Zusammen haben diese 185'000 Millionäre 780 Milliarden Franken. In vier Jahren – das sind übrigens die Zahlen der Banken, die unsere Banker hier drinnen bestens kennen sollten – soll das auf 910 Milliarden Franken anwachsen. Die neuste Bilanz zeigt, die 300 Reichsten in der Schweiz haben zusammen 400 Milliarden Franken. Deren Gewinn von einem einzigen Jahr – da waren selbst sämtliche Analysten überrascht – ist 31 Milliarden Franken. Das ist dreimal das Gesamtbudget des Kantons. Also nur ein Drittel dieses Gewinns abgezügelt, hätten wir den ganzen Kanton bezahlt. Bezogen auf das Budget des Sozialamtes sind es doch 3,6 Prozent dieser 31 Milliarden Franken, die hier abgezogen werden müssten. Dann hätten wir das gesamte Sozialamt bezahlt. Trotzdem wird noch über die Streichung der obersten Progression diskutiert.

Zum Schluss zitiere ich die «NZZ am Sonntag», auch nicht gerade eine linke Zeitung: «Kumulierte Gewinne der Unternehmen höher als das Boomjahr 2000, sogar Fachleute sind überrascht. 63 Milliarden Franken Gewinn für die 150 börsenkotierten Unternehmen in einem einzigen Jahr.» Auch hier sind die Analysten überrascht. Der erste Satz: «Während die Wirtschaftspolitiker weiterhin klagen, boomt es in der Schweizer Geschäftswelt wie nie zuvor. 2005 ist ein absolutes Rekordjahr.» Dies sagt der Chef der Bank Vontobel.

Es ist beschämend, in diesem Bereich zu sagen, es müsse gestrichen werden. Es ist ebenso beschämend zu sagen, der Wirtschaft gehe es schlecht.

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Urs Lauffer (FDP, Zürich): Budgetdebatten haben ihre eigenen Gesetze. Das merkt man dann, wenn der SP-Fraktionspräsident an die liberalen Tugenden der Freisinnigen appelliert und die SVP beginnt, Urs Lauffer zu zitieren oder gar zu loben. Dann ist Budget!

Ich gehe nicht auf die Sozialhilfe ein. Das können wir bei besserer Gelegenheit tun. Ich weise darauf hin, dass das kantonale Sozialamt mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln ausserordentlich sorgfältig umgeht. Das kantonale Sozialamt ist von der personellen Bestückung her ein sehr kleines, überschaubares Amt. Das bedeutet nun einfach, dass wenn wir dem Streichungsantrag Folge leisten würden, wir dort eingreifen würden, wo es am wenigsten Sinn macht, nämlich in der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Kanton in diesem anspruchsvollen Bereich. Ich weiss, das will Willy Haderer nicht. Ich weiss auch, dass er sich für die Umsetzung der neuen SKOS-Richtlinien sehr engagiert. Das macht aber diesen Antrag nicht besser. Das kantonale Sozialamt hat praktisch nur gebundene Ausgaben gegenüber dem Bund und den Gemeinden zu verwalten. Die Personalausgaben machen einen ganz kleinen Teil aus. Wenn Sie diesem Antrag zustimmen würden, würden Sie beim Personal einen Kahlschlag verursachen. Das wollen wir alle nicht. Darum wird uns dieser Antrag nicht weiterbringen.

Abstimmung

Der Antrag 28a wird dem Antrag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 28a mit 109 : 53 Stimmen ab.

Antrag 29a. *Minderheitsantrag Katharina Prelicz-Huber, Markus Brandenberger, Hans Fahrni, Käthi Furrer, Peter A. Schmid, Peter Schulthess und Christoph Schürch (KSSG)*

alt: Fr. - 912'176'000

neu: Fr. - 912'356'000

Verschlechterung: Fr. 180'000

Verzicht auf Umsetzung Massnahme 350'001 MH06 (Personalreduktion Asylkoordination)

Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich): Wir bitten Sie, auf die Personalreduktion in der Asylkoordination zu verzichten.

Die Asylorganisationen haben sich immer wieder den realen Situationen angepasst, haben bezüglich Infrastruktur und Personal aufgebaut beziehungsweise abgebaut entsprechend der Anzahl Asyl Suchender. Das jetzige Budget ohne den Sanierungsantrag ist knapp berechnet und berücksichtigt bereits die neuen Fallzahlen bei den Asyl suchenden Menschen. Das ursprüngliche Budget war bereits angepasst. Es erträgt keine weitere Personalreduktion in dieser Situation. Es ist auch keine Kosteneinsparung möglich durch die Praxisänderung seitens des Bundes, falls das eine Idee hinter dem Kürzungsantrag war. Trotz dem Nichteintretensentscheid sind die Leute da, verursachen Kosten, brauchen Nothilfe und auch Unterstützung. Wenn der Kanton da sparen wollte, dann wäre es eine Kostenverlagerung vor allem auf die Städte, denn da sind die Leute. Versprochen wurde aber, dass diese Massnahme keine Kostenverlagerung auf die Gemeinden bedeuten würde.

Also bitten wir Sie klar, diese Streichungsmassnahme nicht zu vollziehen beziehungsweise keine Personalreduktion im Asylbereich einzuleiten.

Peter Schulthess (SP, Stäfa): Die Massnahme aus dem MH06, die hier rückgängig gemacht werden soll, ist nicht freiwillig erfolgt von der Direktion für Soziales und Sicherheit, sondern sie ist verursacht durch diejenigen Parteien, welche dem Staat jene Mittel nicht zuführen wollen, damit dieser seine Aufgaben gut erfüllen kann. Die Aufgabe des Sozialamtes ist unter anderem der Vollzug des Bundesgesetzes für die Unterstützung Bedürftiger und der Koordination der Asylfürsorge. Die Direktion für Soziales und Sicherheit behauptet nun bei dieser Massnahme, dass es sich lediglich um eine fallzahlbedingte Anpassung handle und dass keine Auswirkungen aus fachlicher Sicht zu erwarten seien. Dem widerspreche ich.

Erstens ist es trügerisch, die Fallzahlentwicklung als Beruhigung zu betrachten, wenn man einen weiteren Blick auf die internationale Konfliktlage wirft. Innext Kürze können neue Asylbewerber da stehen, nicht als Wirtschaftsflüchtlinge, sondern direkt aus Krisenherden.

Zweitens ist die derzeitige Organisation und Funktionsweise der Asylkoordination alles andere als optimal. Das Amt wird desorganisiert, wie aus dem Kundenverkehr in der Praxis zu vernehmen ist. Es herrscht ein ruppiger und ungeduldiger Umgangston, wenn man dort Rat sucht und Auskünfte will. Es herrschen unklare Zuständigkeiten. Man weiss nicht, wer wofür zuständig ist. Die Fachkompetenz im Amt wird einzig dadurch erhalten, dass es einige langjährige Mitarbeiter gibt, die noch da sind. Werden diese nicht ersetzt, dann steigt das Chaos in der Asylkoordination. Die Stelle des Leiters der Asylkoordination wurde seinerzeit nicht wieder besetzt. Das wirkt sich unter anderem darin aus, dass diese unklaren Zuständigkeiten da sind.

Zum Dritten komme ich auf die Aufgabe der Rückkehrberatung zu sprechen. Vor einem Jahr hat die Zürcher Sektion des schweizerischen Roten Kreuzes den Vertrag aufgelöst, diese Rückkehrberatung für den Kanton Zürich zu machen. Die Meinung war damals, dass man aus Gründen der Fachkompetenz diesen Auftrag der Vereinigung Asylkoordination übergeben würde. Dem war nicht so. Das Sozialamt meinte, es könne diese Aufgabe selber lösen. Wir hatten dazu vor Jahresfrist eine entsprechende Anfrage mit kritischen Fragen eingereicht. Das Fazit nach einem Jahr ist aufgrund der Rückmeldungen aus der Praxis, dass dieser Auftrag sehr schlecht erledigt wird. Es sind inkompetente oder gar unwillige Beratungen, mangelnde Fachkenntnis, mangelnde Koordination mit Gemeinden- und Bundesstellen. Es gibt ein Hin und Her zwischen Migrationsamt, Sozialamt und den Gemeinden. Das ist unhaltbar. Wenn nun der Personalabbau weiter betrieben werden soll, so ist das keine Lösung für diese Probleme. In welchem Interesse wird die Aufgabe der Asylkoordination geschädigt?

Bitte unterstützen Sie unseren Minderheitsantrag.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Wenn wir die Begründung betrachten, die hinter diesem Antrag steht, dann ist es wiederum einfach eine Fortschreibung der bisherigen Ausgabenpolitik. Sie wollen gar nichts ändern daran. Sie wollen in den nächsten Jahren wahrscheinlich so wie in den letzten Jahren einfach so fortfahren und dies eher nach oben drücken. Wenn Sie die Situation betrachten, dass wir

hier mittlerweile Jahr für Jahr 912 Millionen Franken ausgeben, dann wird es nicht lange gehen und wir werden die Milliardengrenze erreichen. Wenn das so weitergeht, wird es unsere Finanzpolitik in eine viel schlimmere Ebene bringen. Dann werden wir sehen, ob überhaupt noch genug Geld für das Sozial- und Asylwesen vorhanden ist für die nötigen Massnahmen.

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung (Die Abstimmung untersteht der Ausgabenbremse.)

Der Antrag 29a wird dem Antrag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 29a mit 94 : 70 Stimmen ab.

Konto 3600, Statthalterämter

Antrag 30a. ***Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)***

alt: Fr. 5'820'800

neu: Fr. 6'153'500

Verbesserung: Fr. 332'700

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler wurde zurückgezogen. Das Wort wird nicht verlangt.

Konto 3910, Sportfonds

Konto 3920, Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Finanzdirektion

Konto 4000, Generalsekretariat

Antrag 31a. ***Minderheitsantrag Hansueli Züllig, Werner Bosshard, Theo Toggweiler und Ernst Züst (FIKO)***

alt: Fr. - 2'472'000

neu: Fr. - 2'395'000

Verbesserung: Fr. 77'000

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Der Minderheitsantrag Hansueli Züllig wurde zurückgezogen. Das Wort wird nicht verlangt.

Konto 4100, Finanzverwaltung

Antrag 32a. ***Minderheitsantrag Hansueli Züllig, Werner Bosshard, Theo Toggweiler und Ernst Züst (FIKO)***

alt. Fr. - 8'539'000

neu: Fr. - 8'354'100

Verbesserung: Fr. 184'900

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung

Hansueli Züllig (SVP, Zürich): Für das Jahr 2006 ist ein markant tieferer Ertrag budgetiert. Die Differenz von rund 600'000 Franken beruht auf einer in diesem Jahr aufgelösten Rückstellung für die Jahre 2004 und 2005, die im Zusammenhang mit der Einführung einer neuen Rechnungslegung steht. Im Zusammenhang mit der Einführung von ZERZE (*zentrales Rechnungswesen zentralisieren*) sind zudem 1,7 neue Stellen sowie höhere Lohnklassen geplant worden. Wie steht es nun aber mit der Einführung von ZERZE? Wurde uns nicht bei den Zusatzkrediten versichert, dass hier mit Einsparungen in zweistelliger Millionenhöhe zu rechnen ist? Ich erinnere den Finanzdirektor daran, dass er der Finanzkommission versprochen hat, im nächsten Frühjahr wieder mittels eines Zwischenberichts über den Stand und über die Sache ZERZE zu informieren. Wir erwarten auch hier mehr Effizienz. Gerade hier muss es möglich sein, sonst könnten wir auf die vielen teuren IT-Projekte verzichten, dass entsprechende Kosten eingespart werden können.

Unser Antrag lautet daher: Reduktion des Saldos um 2 Prozent oder 184'900 Franken auf neu 8'354'100. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Ich schliesse mich dem Vorredner an. Es gibt eine Position auf der rechten Seite des Papiers. Da spricht man von einer Rechnungslegung. Dann fragt man sich sofort, was das ist. Es steht kein Name dabei. Dann stellt sich sogleich die Frage: IPSAS (*International Public Sector Accounting Standards*) oder nicht. Auf der linken Seite des Papiers steht der Name tatsächlich noch. Dann geht man der Sache nach und überlegt sich, was das IPSAS eigentlich ist. Das ist eben das neue Rechnungslegungsmodell, das hier schon

längst aufgeführt ist, obwohl dafür noch keine rechtliche Grundlage besteht. Da könnte man meinen, es werde vielleicht nicht eingeführt. Trotzdem können Sie übermorgen an eine Tagung nach Winterthur gehen. Da spricht der Direktor der Finanzverwaltung des Kantons Zürich über das IPSAS. Auf dem Programm steht: Ein Jahr vor der Einführung des neuen Rechnungsmodells des Bundes und des Kantons Zürich.

Ist es nicht ein bisschen sonderbar, dass wir lange bevor der Kantonsrat definitiv darüber befunden hat, ob ein Rechnungsmodell eingeführt wird oder nicht, ob man es brauchen kann oder nicht, schon von aussen her erfahren, dass es tatsächlich eingeführt wird. Dahinter steht eine Fachhochschule. Das ist überhaupt kein freisinniger Filz. Es ist der neue Verwaltungsfilz. Das ist grossartig, dass Professoren von einer Hochschule Aufträge bekommen, die dann wiederum alles, was der Kanton Zürich macht, gut finden. Ist das nicht etwas ganz Neues, ein neuartiger Filz? Ich bin der Meinung, die Rechtsgrundlage besteht da nicht. Das hat mit der Kürzung direkt nichts zu tun. Man könnte aber die Kürzung wohlwollend unterstützen. Das andere ist nach wie vor eine offene Frage.

Abstimmung

Der Antrag 32a wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 32a mit 108 : 53 Stimmen ab.

Konto 4200, Liegenschaftenverwaltung

Antrag 33a. ***Minderheitsantrag Hansueli Züllig, Werner Bosshard, Theo Toggweiler und Ernst Züst (FIKO)***

alt: Fr. - 922'500

neu: Fr. - 876'000

Verbesserung: Fr. 46'500

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung

Pierre-André Duc (SVP, Zumikon): Die Budgets der Liegenschaftenverwaltung sind in der Kommission für Staat und Gemeinden praktisch jedes Jahr ein grösseres Thema. Es sind das Konto 4200, Liegenschaftenverwaltung, und das Konto 4940, Liegenschaftenerfolg. Für das Konto 4940 wird Jahr für Jahr bei der Budgetberatung einen Antrag gestellt und auch vom Rat bewilligt.

Beim Konto 4200 wurde im Laufe der letzten Jahre die Art der Budgetierung oft diskutiert. Die ungenaue Begründung und fehlende Einhaltung des Budgets wurde oft bemängelt. Dieses Jahr wurde auch nicht ganz richtig budgetiert. Was macht die Amtsstelle Liegenschaftenverwaltung? Sie verwaltet die Liegenschaften des Finanzvermögens unseres Kantons. Andererseits, und zwar für mehr als 50 Prozent der Aktivitäten verwaltet sie die Liegenschaften der Beamtenversicherungskasse unseres Kantons. Für das Jahr 2006 ist es vorgesehen, die Liegenschaftenverwaltung umzuorganisieren. Ein neuer Liegenschaftenchef wird gesucht. Eine intensivere und bessere Verwaltung der Liegenschaften wird angestrebt. Dies bedeutet mehr Mitarbeiter und mehr Kosten. Die Mehrkosten wurden ins Budget aufgenommen. Nun ist es so, dass der BVK die Kosten für die Verwaltung ihrer Liegenschaften nach Aufwand in Rechnung gestellt werden. Eine intensivere und bessere Verwaltung mündet automatisch in eine höhere Verrechnung des Aufwands und für die Amtsstelle zu erhöhten Einnahmen. Nun ist es so, dass die zu erwartenden Mehreinnahmen nicht ins Budget aufgenommen worden sind.

Fünf Mitglieder der Finanzkommission stellen den Antrag, das Globalbudget um 2 Prozent, das heisst um 46'500 Franken zu reduzieren. Aufgrund meiner Erklärungen kann ich diesen Antrag unterstützen. Die nicht vorgenommene Erhöhung der Einnahmen im Budget ist bedeutend grösser als die beantragten 46'500 Franken. Die Reduktion ist also wirklich vertretbar.

Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

Abstimmung

Der Antrag 33a wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 33a mit 105 : 56 Stimmen ab.

Konto 4300, Amt für Tresorerie

Antrag 34a. ***Minderheitsantrag Hansueli Züllig, Werner Bosshard, Theo Toggweiler und Ernst Züst (FIKO)***

alt: Fr. - 891'950

neu: Fr. - 873'450

Verbesserung: Fr. 18'500

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung

Hansueli Züllig (SVP, Zürich): Es ist eines der kleinsten Budgets, aber auch hier haben wir einen Antrag auf Verbesserung des Saldos der Laufenden Rechnung gestellt. So haben wir uns hier schlau gemacht. Wir haben uns erkundigt. Siehe da, auch hier sind Effizienzsteigerungen möglich, vor allem im Bereich der geleisteten Arbeitsstunden sowie der Anlagebewirtschaftung von Sondervermögen. Diese Vorschläge sind sicher nicht nur überprüfenswert, sondern auch möglich. Das hört man auch aus der Verwaltung. Daher unser bescheidener Antrag: 18'500 Franken, Verbesserung des Saldos.

Abstimmung

Der Antrag 34a wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 34a mit 104 : 50 Stimmen ab.

Konto 4400, Steuern Betriebsteil

Antrag 35. **Antrag der Finanzkommission und der Kommission für Wirtschaft und Abgaben**

alt: Fr. - 136'285'500

neu: Fr. - 133'469'510

Verbesserung: Fr. 2'815'990

Linearer Kürzungsantrag: 2 % des Aufwands

Antrag 35a. **Minderheitsantrag Regula Götsch Neukom, Andreas Burger, Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Raphael Golta (in Vertretung von Claudia Balocco), Ralf Margreiter, Jorge Serra und Johannes Zollinger (WAK)**

Gemäss Antrag des Regierungsrates

Regierungsrat Hans Hollenstein: Dieser Antrag umfasst wohl nur 2,8 Millionen Franken, ist aber von höchst einschneidender Bedeutung. Wieso? 2,8 Millionen Franken im Steueramt, das sich in einer Reorganisation befindet, das soeben umgezogen ist. Es hat in der Rechnung geplant, die Kosten durch das Projekt Centro zu reduzieren. Parallel gibt es aber EDV-Investitionen und weitere Kosten, die sich überschneiden. Das hat in Ihrer Kommission zu berechtigten Fragen Anlass gegeben. Ich habe einen umfangreichen Fragenkatalog der Kommission für Wirtschaft und Abgaben erhalten. Wir haben abgemacht, dass wir bis zum 7. Februar 2006 an einer WAK-Sitzung die-

sen sehr umfangreichen Fragenkatalog beantworten werden. Am 7. März 2006 wird die WAK in Begleitung von anderen Ratsmitgliedern und Vertretungen anderer Kommissionen dem Steueramt am neuen Ort einen Besuch abstatten. Wir werden auch dort ausgedehnt über anstehende Fragen diskutieren. Sehr schwer ist nun, wenn Sie gewissermassen im Voraus dem Steueramt 2,8 Millionen Franken kürzen möchten. Was heisst das in der Realität? Wir können das nicht in der Laufenden Rechnung beim Sachaufwand kürzen. Wir haben langfristige und langjährige Verträge, auch mit externen Mieten, die wir am neuen Ort eingegangen sind. Ergo bleibt über weite Strecken der Personalaufwand zu kürzen. Wie Sie alle wissen, haben wir Kanzlei- und Sekretariatspersonal in grösserem Umfang abgebaut beziehungsweise sind noch weiter am Abbauen. Mit diesem Kürzungsantrag müssten nun – so berichtet mir das Steueramt, das diese Modellrechnung angestellt hat – 30 Steuerkommissäre und Revisoren und fünf juristische Sekretäre abgebaut werden. Unter dem Strich könnten wir mit etwas Sachaufwand nächstes Jahr einsparen. Nur – jetzt kommt das ganz Wesentliche –, Steuerkommissäre sind ganz wichtig für den Staat Zürich. Ein Steuerkommissär erarbeitet im Durchschnitt 2 Millionen Franken Steuerertrag. Wenn Sie 35 Leute abbauen, fehlen uns 70 Millionen Franken Steuerertrag. Unter dem Strich wird dieser Antrag ein Negativum von rund 67 Millionen Franken einfahren. Von den Sozialplänen, die wir machen müssen, habe ich noch gar nicht geredet.

Bei allem Verständnis für Ihre Kürzungsanträge geht dieser Schuss tatsächlich hinten hinaus. Ich bitte Sie sehr, die seriösen Abklärungen Ihrer Kommission abzuwarten, dass wir Antwort geben und so die Unsicherheiten und Fragen beantworten können. Ich bitte Sie sehr, den Antrag abzulehnen.

Regula Götsch Neukom (SP, Kloten): Es existiert eine Antwort des Regierungsrates vom 23. November 2005 auf eine Anfrage, die sich genau mit diesem Steueramt befasst. Dort drin kann eigentlich sehr detailliert und informativ nachgelesen werden, was im Steueramt alles eingespart wird. Zum Beispiel rechnet man ab 2009 – es geht halt nicht immer von heute auf morgen – mit jährlichen Einsparungen von bis zu 17 Millionen Franken. Bis 2006 werden 100 Stellen abgebaut sein. Hans-Peter Portmann kann mit seinem Mindestlohn einmal ausrechnen, was das ausmacht.

Es handelt sich hier im Übrigen immerhin um die Abteilung, die dafür sorgt, dass überhaupt Steuern hereinkommen. Ich habe leider bei diesem Antrag keinen Bezug zu IPSAS gefunden, keinen zum CRG, weder zur Ausländer- noch Europapolitik und auch nicht zur Sozial- oder Umweltpolitik. Darum endet hier mein Referat, obwohl ich Ihnen natürlich meine Meinung zu den nämlichen Themen gerne kundgetan hätte.

Robert Marty (FDP, Affoltern a. A.): Grundsätzlich haben wir uns beim Konto 4400 in der WAK nicht in erster Linie die Frage gestellt, ob die Massnahmen aus San04 und MH06 umgesetzt sind oder nicht. Vielmehr stand für uns die Frage im Vordergrund, auf welcher Basis die Kosteneinsparungen von rund 15 Millionen Franken gemäss San04 zu berücksichtigen sind. Je nach Basis ergibt sich eine wesentlich andere Ausgangslage. Wählt man als Basis das Planjahr 2004, stellt sich wiederum die Frage, welche Veränderungen und Massnahmen in jenem Zeitpunkt absehbar waren und damit auch planbar. Vollständig stichhaltige Begründungen haben wir nicht erhalten, obwohl seit Amtsantritt von Regierungsrat Hans Hollenstein ein deutlich offeneres und transparenteres Klima spürbar ist.

Immerhin wurde in der Diskussion in der WAK klar, dass die Steuerverwaltung bei all ihren Berechnungen, welche dem San04 zugrunde lagen, offenbar auf Anordnung des damaligen Finanzdirektors keinerlei Kosten für «Züri primo», welches vom Regierungsrat erst mit Beschluss vom 3. März 2004 beschlossen wurde, eingerechnet hat. Bei allen Szenarien empfand es die Mehrheit der WAK-Mitglieder als störend, dass die Begründungen im Voranschlag 2006 verwirrend sind. Es sind offenbar nicht Informatikkosten, welche ansteigen, sondern Mieten, welche doppelt bezahlt werden müssen und Stellen, die verspätet abgebaut werden, die zu Mehrkosten führen. Die Kostensteigerung wird 2007 fortgeschrieben, obwohl die Doppelmieten teilweise wegfallen und die Personalkosten reduziert sein sollten. Der Saldo des Kontos 4400 nimmt von 1998 bis 2006 um nicht weniger als 47,9 Millionen Franken zu, was 54,2 Prozent Kostenwachstum entspricht. Also mehr als 1 Steuerprozent haben wir in den letzten acht Jahren in die Veranlagung unserer Steuererklärungen gesteckt. Der Trend geht so weiter. Diesen Trend will die WAK brechen.

Schliesslich hat uns auch gestört, dass mit «Züri primo» ein Extrazug gefahren wird – da kann Regierungsrat Hans Hollenstein nichts dafür –, anstatt dass sich der Kanton an den EDV-Lösungen der Städte

Zürich oder Winterthur orientiert hätte. Es bleibt zu erwähnen, dass der Rechnungsabschluss für dieses Konto in den Jahren 2000 bis 2004 jeweils zwischen 3,5 und 7 Millionen Franken besser ausgefallen ist als budgetiert und das fünf Jahre hintereinander.

Aus all diesen Gründen halten wir an unserem Kürzungsantrag fest. Dabei bin ich mir bewusst, dass der Kapitän, welcher den Tanker Steueramt auf Grund laufen liess, längst in seichteren Gewässern schippert und von Bord gegangen ist. Das mag für den neuen Finanzdirektor kein Trost sein. Darum füge ich hier noch ein Zitat von Friedrich Nietzsche an, der einmal gesagt haben soll: «Der gestraft wird, ist nicht mehr der, welcher die Tat begangen hat.»

Hansjörg Schmid (SVP, Dinhard), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Ich halte fest, dass der ganze Umbau des Steueramtes auf das Sanierungsprogramm 04 zurückgeht. Leider mussten wir feststellen, dass die Ausgaben dauernd zunehmen. Das Ziel des Sanierungsprogramms 04 ist grundsätzlich klar verfehlt. Das hat uns bewogen, das Steueramt etwas genauer anzusehen. Die Argumente, die bis jetzt geliefert wurden, konnten unsere Vorstellungen nicht entkräften, diese Einsparungen zu machen. So kamen wir zum Schluss, den Antrag, den Robert Marty einmal gestellt hatte, nämlich 6 Millionen Franken zu sparen, auf 2,8 Millionen Franken zu kürzen. Wir finden dies richtig so. Falls die Argumente dann tatsächlich in den von Regierungsrat Hans Hollenstein erwähnten Sitzungen entkräften werden können und wir einsehen müssen, dass es tatsächlich nicht anders geht, sind wir bereit, darauf einzutreten. Allenfalls könnten wir dann immer noch über einen Nachtragskredit das Ganze wieder in Ordnung bringen.

Andererseits stellen wir auch fest, dass es nicht unbedingt mit den 2,8 Millionen Franken Einsparungen 30 Steuerkommissäre sein müssen, die gestrichen werden. Es kann beim Sachaufwand, vor allem bei der Informatik eingespart werden. Für uns sind viele offene Fragen. Bevor diese geklärt sind, sind wir nicht bereit, hier nachzugeben. Dadurch ist die Mehrheit der Kommission zu diesem Schluss gekommen.

Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

Regierungsrat Hans Hollenstein: Natürlich ist es nahe liegend, dass man über den Sachaufwand spricht. Mit kurzfristigen Notmassnahmen könnten wir 350'000 Franken einsparen. Ich könnte damit leben, wenn

Sie mir dies im Budget kürzen wollen. Ich will nicht unbeweglich sein. Ich habe in diesem halben Jahr bewiesen, dass ich Offenheit und Transparenz schätze gerade gegenüber Ihren Kommissionen, dem Parlament und der Öffentlichkeit. Jetzt kämpfe ich für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, hoch qualifizierte Steuerkommissäre und Steuerjuristen. Es ist ein ganz starker, scharfer Wettbewerb um diese Leute. Banken, Versicherungen und grössere Unternehmen ziehen uns diese Leute ab. Mit der Ungewissheit eines Kantonsratsbeschlusses kann ich nicht leben, wenn mir nachher die besten Leute den Hut nehmen, weil sie nicht wissen, ob ihnen allenfalls gekündigt wird. Nehmen Sie die Verantwortung gegenüber dem Personal wahr. Ich habe alles Interesse, Ihnen und Ihren Kommissionen Klarheit zu schaffen. Ich habe Verständnis für Ihre Fragen. Aber kürzen Sie jetzt nicht am schwierigsten Ort, bei den Personalkosten, wenn wir dann Steuerkommissäre und Steuerjuristen einsparen müssen und damit – das ist eine Modellrechnung – 70 Millionen Franken Steuersubstrat wegfällt.

Ich akzeptiere als Demokrat, dass dieser Rat in seiner knappen Mehrheit entschieden hat, dass es das nächste Jahr 225 Millionen Franken und insgesamt 450 Millionen Franken mit dem übernächsten Jahr weniger gibt. Das ist eine demokratische Entscheidung. Dazu stehe ich. Ich kämpfe aber mit Herzblut für meine Leute und für das Steuersubstrat. Es ist mir Ernst. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab.

Robert Marty (FDP, Affoltern a. A. spricht zum zweiten Mal): Ich weiss, dass es sich nicht ziemt, Ihnen zu widersprechen und hier zu replizieren. Aber da ich schon ein bisschen länger in der WAK bin und die Unterlagen – ich meine nicht die Unterlagen des Budgets – etwas länger studiert habe als Sie, muss ich Ihnen entgegen halten. Ich habe die Unterlagen San04.157 vor mir. Vor wenigen Minuten hat der Finanzdirektor ausgeführt, wenn in seinem Amt 2,8 Millionen Franken gespart werden müssen, wovon er noch 350'000 Franken über den Sachaufwand nehmen könne, er 30 Bücherrevisoren und -kommissäre sowie fünf Steuersekretäre abbauen müsse. Wenn Sie San04.157 vor sich hätten, könnten Sie nachlesen, dass damals 30 zusätzliche Bücherrevisoren mit 4,5 Millionen Franken eingestellt wurden und mit diesen 30 zusätzlichen Bücherrevisoren der Saldo um 55 Millionen Franken verbessert hätte werden können. Heute, bei 2,8 Millionen Franken Aufwandreduktion, sind es plötzlich 35 Fachkräfte, die abgebaut werden müssen und 67 Millionen Franken, die beim Steuerertrag

verloren gehen sollen. Entweder hat die damalige Aufstellung nicht gestimmt im San04 oder dann hat man Ihnen heute, Finanzdirektor Hans Hollenstein, ein falsches Papier vorgelegt und Sie aufs Glatteis geführt.

Regula Götsch Neukom (SP, Kloten) spricht zum zweiten Mal: Ich habe noch eine kurze Frage. Es steht hier, diese Verbesserung betrage 2,8 Millionen Franken. Das sind aber nicht 2 Prozent des ursprünglichen Budgetbetrags. Gilt dann 2 Prozent, wenn man es richtig ausgerechnet hat, oder gelten 2,8 Millionen Franken?

Werner Bosshard (SVP, Rümlang), Präsident der Finanzkommission: Ich bin der Meinung, es gilt 2,8 Millionen Franken.

Regierungsrat Hans Hollenstein: Robert Marty, ich habe von einer Modellrechnung gesprochen, die darauf basiert, dass als Lohn 140'000 Franken eingesetzt wird und dass die Rechnung auf sechs Monate umgelegt wird.

Werner Bosshard (SVP, Rümlang), Präsident der Finanzkommission: Regula Götsch, wir beherrschen die Prozentrechnung. Die 2 Prozent entsprechen 2 Prozent des Aufwands. Der Aufwand ist 140 Millionen Franken. Das ergibt dann die 2,8 Millionen Franken.

Abstimmung

Der Antrag der WAK und FIKO wird dem Minderheitsantrag Regula Götsch Neukom gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit 87 : 87 Stimmen. Der Kantonsratspräsident stimmt mit Stichentscheid dem Antrag der WAK und FIKO zu.

Konto 4500, Personalamt

Antrag 36a. **Minderheitsantrag Hansueli Züllig, Werner Bosshard, Theo Toggweiler und Ernst Züst (FIKO)**

alt: Fr. - 18'328'722

neu: Fr. - 17'904'022

Verbesserung: Fr. 424'700

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung

Ernst Züst (SVP, Horgen): (Grosse Unruhe im Saal.) Es geht um eine Kürzung von rund 425'000 Franken beim Personalamt, Leistungsgruppe 4500, bei einem Budget von 21 Millionen Franken. Dieser Ball ist mir kurz zugespielt worden. Zum Glück haben wir in der Finanzkommission einen Leitfaden. Zuständig wäre in erster Linie die Kommission Staat und Gemeinden. Da haben wir in der Finanzkommission den zuständigen Referenten. Das ist Stefan Feldmann. Er hat sich teilweise zu diesem Punkt bereits in seinem Eintretensreferat geäußert. Diese Leistungsgruppe hat fünf Komponenten. Ich gehe nur auf zwei kurz ein. Es gibt 110 betreute Lehrlinge, die 21'000 Franken pro Lehrling und Jahr kosten. Es ist eine stolze Zahl. Ich habe einmal durchgerechnet, wie hoch sie sein sollte. Im Prinzip kostet ein Lehrling durchschnittlich 14'000 Franken plus Sozialzulagen. In dieser Leistungsgruppe kostet er 21'000 Franken. Mit anderen Worten geht ein Drittel in die Betreuung der 110 Lehrlinge. Dieses Verhältnis von einem Drittel könnte man ruhig mit einem Wechsel fahren. Vor allem im letzten Lehrjahr sind diese Lehrlinge selbstständig. Sie arbeiten gut. Da ist ein Missverhältnis von einem Drittel zu einem Sechstel. Das ist meine persönliche Beurteilung.

Zu den Kosten pro Lohnauszahlung: Da gibt es 43'000 Zahlungen, die der Computer automatisch pro Monat generiert. Jede Zahlung soll 210 Franken kosten. Dann gibt es noch weitere zwei Komponenten. Ich habe versucht, diese fünf Komponenten mit dem Total in dieser Leistungsgruppe abzugleichen. Es ist mir nicht gelungen. Ich möchte die Anregung mit auf den Weg geben, die Leistungsgruppe 4500 wenigstens bei der Rechnungsabnahme zu prüfen. Ich werde dann wieder einmal ein paar Kontrollfragen in der Kommission stellen, bevor die Rechnung in den Rat kommt.

Nachdem Sie für diesen Antrag von 2 Prozent kein Musikgehör haben, obwohl er leicht machbar wäre,

ziehe ich den Antrag 36a zurück.

Ordnungsantrag

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Die Meinungen über die Korrektheit der letzten Abstimmung über das Steueramt gehen auseinander. Ich bin allerdings ziemlich sicher, dass die nicht zu Gunsten unserer Seite geht.

Es geht mir aber darum, ein korrektes Abstimmungsresultat zu erzielen. Ich beantrage

Rückkommen auf diese Abstimmung zum Antrag 35 und Durchführung der Abstimmung unter Namensaufruf.

Abstimmung über Rückkommen

Für den Antrag auf Rückkommen stimmen deutlich sichtbar mehr als 20 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 20 Stimmen erreicht. Rückkommen ist beschlossen.

Abstimmung

Für den Antrag, die Abstimmung zu den Anträgen 35 und 35a zum Konto 4400, Steuern Betriebsteil, unter Namensaufruf durchzuführen, stimmen deutlich sichtbar mehr als 30 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 30 Stimmen erreicht. Die Abstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt.

Persönliche Erklärung

Alfred Heer (SVP, Zürich): Ich finde Sie, Ruedi Lais, den grössten Heuchler, den ich jemals in der Politik angetroffen habe. (*Grosse Unruhe im Saal.*)

Sie wissen haargenau, dass Ihre Seite beim Zählen «beschissen» hat! Das ist Tatsache! Sie sind 89 Personen, links-grün, CVP. Adrian Hug hat gefehlt. Die beiden Grünliberalen haben sich der Stimme enthalten. Das gibt 86 Stimmen. Jetzt kommen Sie mit ihrem primitivsten, heuchlerischsten Antrag, der vermutlich jemals in diesem Saal gestellt worden ist, die Abstimmung zu wiederholen, weil Sie an der Korrektheit zweifeln. Sie sind ein Falschspieler!

Persönliche Erklärung

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Alfred Heer, wenn Sie mir genau zugehört haben, habe ich gesagt, ich komme auf dieselben Resultate wie Sie auch, denn ich habe zwei Augen im Kopf. Es geht mir nicht darum, eine Niederlage irgendwie in einen Sieg umzubeugen. Es geht mir darum, dass in diesem Saal korrekt gezählt wird und dieses Resultat auch akzeptiert werden kann. Ich schliesse auch unsere Seite, mit-

te-links, nicht aus, dass sie Fehler macht beim Zählen. Aber genau deshalb haben wir die Möglichkeit nachzuzählen. Der Rat hat dies jetzt beschlossen. Das finde ich nicht primitiv, sondern das finde ich demokratisch und korrekt.

Abstimmung unter Namensaufruf

Für den Antrag 35 von WAK und FIKO stimmen folgende 87 Ratsmitglieder:

Appenzeller John (SVP, Aeugst a. A.); Arnold Martin (SVP, Oberrieden); Bachmann Ernst (SVP, Zürich); Badertscher Hans (SVP, Seuzach); Bär Hansruedi (SVP, Zürich); Bergmann Adrian (SVP, Meilen); Bernasconi-Aeppli Susanne (FDP, Zürich); Bernoulli Rita (FDP, Dübendorf); Bosshard Kurt (SVP, Uster); Bosshard Werner (SVP, Rümlang); Brunner Ernst (SVP, Illnau-Effretikon); Cavegn Reto (FDP, Oberengstringen); Clerici Max F. (FDP, Horgen); Denzler Oskar (FDP, Winterthur); Duc Pierre-André (SVP, Zumikon); Egloff Hans (SVP, Aesch b. Birmensdorf); Fischer Hans Jörg (SD, Egg); Frehsner Rosmarie (SVP, Dietikon); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frei Heinrich (SVP, Kloten); Ganz Fredy (FDP, Bassersdorf); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Guex Gaston (FDP, Zumikon); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Hartmann Hansruedi (FDP, Gossau); Haug Hanspeter (SVP, Weiningen); Hauser Matthias (SVP, Hüntwangen); Heer Alfred (SVP, Zürich); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Honegger Werner (SVP, Bubikon); Hürlimann Werner (SVP, Uster); Isler René (SVP, Winterthur); Johner-Gähwiler Brigitta (FDP, Urdorf); Jucker Johann (SVP, Neerach); Kern Othmar (SVP, Bülach); Kläy Dieter (FDP, Winterthur); Kübler Ueli (SVP, Männedorf); Kuhn Regula (SVP, Illnau-Effretikon); Kull-Benz Katharina (FDP, Zollikon); Lauffer Urs (FDP, Zürich); Leibundgut Jürg (SVP, Zürich); Leuthold Jürg (SVP, Aeugst a. A.); Mächler Peter (SVP, Zürich); Manser Emil (SVP, Winterthur); Marty Robert (FDP, Affoltern a. A.); Meier Oliver B. (SVP, Zürich); Menzi Ruedi (SVP, Rüti); Mettler Christian (SVP, Zürich); Meyer Ernst (SVP, Andelfingen); Moor-Schwarz Ursula (SVP, Höri); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Müller Walter (SVP, Pfungen); Portmann Hans-Peter (FDP, Kilchberg); Ramseyer Samuel (SVP, Niederglatt); Raths Hans Heinrich (SVP, Pfäffikon); Roesler Peter (FDP, Greifensee); Rüegg Luzius (SVP, Zürich); Schmid Claudio (SVP, Bülach); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Schneebeli Hanspeter (FDP, Zürich); Schneider-

Schatz Annelies (SVP, Bäretswil); Sauter Regine (FDP, Zürich); Siegenthaler-Benz Rolf André (SVP, Zürich); Simioni-Dahm Anita (FDP, Andelfingen); Steinemann Barbara (SVP, Regensdorf); Stocker-Rusterholz Ernst (SVP, Wädenswil); Stutz-Wanner Inge (SVP, Marthalen), Styger Laurenz (SVP, Zürich); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Thalmann-Meyer Regula (FDP, Uster); Toggweiler Theo (SVP, Zürich); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Vogel Thomas (FDP, Illnau-Effretikon); Walker Späh Carmen (FDP, Zürich); Walther Rolf (FDP, Zürich); Walti Beat (FDP, Zollikon); Weber-Gachnang Theresia (SVP, Uetikon a. S.); Weibel Katharina (FDP, Seuzach); Widmer Graf Andrea (FDP, Zürich); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Zanetti Claudio (SVP, Zollikon); Zaugg Marlies (FDP, Richterswil); Züllig Hansueli (SVP, Zürich); Züst Ernst (SVP, Zürich).

Für den Minderheitsantrag 35a stimmen folgende 87 Ratsmitglieder:

Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Anderegg Peter (SP, Dübendorf); Annen Ueli (SP, Illnau-Effretikon); Arnet Esther (SP, Dietikon); Attenhofer Hartmuth (SP, Zürich); Balocco Claudia (SP, Zürich); Brandenberger Markus (SP, Uetikon am See); Braunschweig-Lütolf Ursula (SP, Winterthur); Brunner Robert (Grüne, Steinmaur); Bucher-Steinegger Heidi (Grüne, Zürich); Büchi-Wild Renate (SP, Richterswil); Buchs Hugo (SP, Winterthur); Burger Andreas (SP, Urdorf); Bürgi André (SP, Bülach); Burlet Marcel (SP, Regensdorf); Busmann Barbara (SP, Volketswil); Bütler Vinzenz (CVP, Wädenswil); de Mestral Yves (SP, Zürich); Derisiotis-Scherrer Elisabeth (SP, Zollikon); Dollenmeier Stefan (EDU, Rüti); Dürr Lucius (CVP, Zürich); Egg Bernhard (SP, Elgg); Eugster Yvonne (CVP, Männedorf); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Feldmann Stefan (SP, Uster); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Furrer Käthi (SP, Dachsen); Furter Willy (EVP, Zürich); Gerber Rüegg Julia (SP, Wädenswil); Germann Willy (CVP, Winterthur); Gfeller Matthias (Grüne, Winterthur); Golta Raphael (SP, Zürich); Götsch Neukom Regula (SP, Kloten); Grob Urs (SP, Adliswil); Gschwind Benedikt (SP, Zürich); Gübeli Jacqueline (SP, Horgen); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Hächler Patrick (CVP, Gossau); Hany Urs (CVP, Niederhasli); Hardegger Thomas (SP, Rüm- lang); Hildebrand Esther (Grüne, Illnau-Effretikon); Hirt Richard (CVP, Fällanden); Holenstein Christoph (CVP, Zürich); Holenstein Weidmann Pia (SP, Affoltern a. A.); Hug Adrian (CVP, Zürich); Jauch Heinz (EVP, Dübendorf); Jaggi Katrin (SP, Zürich); Keller Ueli

(SP, Zürich); Kennel Schnider Andrea (SP, Dübendorf); Krebs Cécile (SP, Winterthur); Kull Martin (SP, Wald); Lais Ruedi (SP, Wallisellen); Lalli Emy (SP, Zürich); Leuzinger Romana (SP, Zürich); Mäder-Weikart Regula (CVP, Opfikon); Maeder-Zuberbühler Karin (SP, Rütli); Maier Thomas (GLP, Dübendorf); Margreiter Ralf (Grüne, Zürich); Mauchle Thea (SP, Zürich); Müller-Jaag Lisette (EVP, Knonau); Munz Roland (SP, Zürich); Naef Martin (SP, Zürich); Petri Gabi (Grüne, Zürich); Prelicz-Huber Katharina (Grüne, Zürich); Ramer-Stäubli Blanca (CVP, Urdorf); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Riedi Anna Maria (SP, Zürich); Rihs-Lanz Susanne (Grüne, Glattfelden); Rusca Speck Susanna (SP, Zürich); Scheffeldt Kern Elisabeth (SP, Schlieren); Schmid Peter A. (SP, Zürich); Schulthess Peter (SP, Stäfa); Schürch Christoph (SP, Winterthur); Seiler Graf Priska (SP, Kloten); Serra Jorge (SP, Winterthur); Sprecher Andrea (SP, Zürich); Spring Monika (SP, Zürich); Stünzi Jürg (Grüne, Küsnacht); Torp Eva (SP, Hedingen); Tremp Johanna (SP, Zürich); Trüb Klingler Marianne (SP, Dättlikon); Vieli-Platzer Natalie (Grüne, Zürich); Weber Peter (Grüne, Wald); Wiederkehr Josef (CVP, Dietikon); Ziegler Sabine (SP, Zürich); Ziegler Thomas (EVP, Elgg); Ziltener Erika (SP, Zürich).

Der Stimme enthalten hat sich folgendes Ratsmitglied: Weibel Thomas (GLP, Horgen).

Abwesend sind folgende 4 Ratsmitglieder:

Achermann Christian (SVP, Winterthur); Heiniger Thomas (FDP, Adliswil); Walliser Bruno (SVP, Volketswil); Zollinger Johannes (EVP, Wädenswil).

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen. Nicht gestimmt hat usanzgemäss der Ratspräsident.

Die Abstimmung endet mit 87 : 87 Stimmen bei einer Enthaltung. Der Ratspräsident stimmt mit Stichentscheid für den Antrag 35.

Persönliche Erklärung

Adrian Hug (CVP, Zürich): Mein Mitstimmen bei diesem Antrag hat einiges Murren ausgelöst. Ich fühle mich verpflichtet, eine Erklärung abzugeben. Ich bin sowohl in der WAK als auch in der Finanzkommission bei Abstimmungen zum Thema Steueramt immer in den Ausstand getreten. Ich bin der Meinung, dass ich mit den Verhältnissen im Steueramt zu nahe befasst bin, um eine objektive, unbeeinflusst von den konkreten Verhältnissen im Steueramt, sachliche Aussage machen zu können. Nachdem hier in der ersten Abstimmung ein Patt entstanden ist, war es nicht mehr meine Sache, durch ein Abseitsstehen einen Entscheid anders zu beeinflussen, als ihn eine Mehrheit in diesem Rat will. Aus diesem Grund – es ist mir schwer gefallen – habe ich bei der zweiten Abstimmung mitgestimmt. Es hat nichts geändert, aber für mich war es eine grosse Belastung, allenfalls die Verantwortung zu tragen, dass dem Steueramt die Mittel entzogen werden. Ich werde mich in Zukunft weiterhin bei derartigen Fragen zum Steueramt enthalten und hoffe, nie mehr in eine solche Lage zu kommen.

Persönliche Erklärung

Hans Heinrich Rath (SVP, Pfäffikon): Ruedi Lais, das war eine der peinlichsten Aktionen, die ich miterlebt habe. Entweder kann man den Fehler ganz klar bezeichnen, wenn man so ein Rückkommen beantragt. Ich bitte Sie, mir das nachher noch zu tun. An Gemeindeversammlungen haben wir eine Ordnung in dieser Beziehung. Man macht nur ein Rückkommen, wenn ein Fehler ganz klar bezeichnet werden kann.

Zu Adrian Hug gibt es gar nichts zu sagen. Entweder hat man eine Linie, oder man hat keine. Sie haben keine!

Persönliche Erklärung

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Die Erklärung, die ich hier abgebe, ist nicht meine persönliche. Das Resultat ist rein zufällig wieder gleich herausgekommen. Es haben genügend Leute und Adrian Hug an erster Stelle gesehen, dass dieses Resultat entstanden ist, obwohl er in der zweiten Abstimmung mitgestimmt hat.

Ich habe dem Präsidium genau namentlich mitgeteilt, wer falsch gezählt worden ist. Diese Feststellung ist vom Vizepräsidenten bestätigt worden. Deshalb habe ich mir erlaubt, diesen Antrag zu stellen, der übrigens die Notwendigkeit eines neuen Abstimmungsverfahrens einmal mehr belegt hat.

Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Wir fahren weiter bei Konto 4500, Personalamt. Das Votum von Ernst Züst ist ein wenig untergegangen. Das Wort wird weiter nicht verlangt.

In der allgemeinen Unruhe ist nicht festgestellt worden, dass Ernst Züst den Antrag 36a zurückgezogen hat. Als der Präsident erneut abstimmen lässt, hat sich Ernst Züst aber nicht dagegen gewehrt.

Abstimmung

Der Antrag 36a wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 36a mit 105 : 49 Stimmen ab.

Konto 4600, Direktionsübergreifende Informatik

Antrag 37a. ***Minderheitsantrag Hansueli Züllig, Werner Bosshard, Theo Toggweiler und Ernst Züst (FIKO)***

alt: Fr. -6'373'400

neu: Fr. - 6'245'900

Verbesserung: Fr. 127'500

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung

Hansueli Züllig (SVP, Zürich): Über diese Positionen laufen bekanntlich die Beiträge an die Netzwerkkosten der Gemeinden. Sicher steigen diese Kosten mit den heutigen Kommunikationsbedürfnissen der einzelnen Gemeinden stetig. Man sollte aber auch einmal überprüfen, wie es mit der Anzahl Anschlüsse und Arbeitsplätze im IT-Bereich

steht. Hier dürfte hinterfragt werden, ob es für alle Teilzeitangestellten einen eigenen IT-Platz in den Gemeinden braucht. Muss dieser indirekt über Zuschüsse des Kantons finanziert werden?

Hier ist Handlungsbedarf gegeben. Zudem empfehlen wir, die Verträge mit den externen Anbietern von Service-Dienstleistungen wieder einmal zu überprüfen oder sogar neu auszuhandeln, so wie das in der Privatwirtschaft üblich ist. Wir sind überzeugt, dass es dem Kanton Zürich gelingen wird, hier Einsparungen in der Grössenordnung der von uns geforderten 127'500 Franken vorzunehmen.

Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

Abstimmung

Der Antrag 37a wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 37a mit 87 : 38 Stimmen ab.

Konto 4700, Drucksachen und Material

Antrag 38a. *Minderheitsantrag Hansueli Züllig, Werner Bosshard, Theo Toggweiler und Ernst Züst (FIKO)*

alt: Fr. 106'200

neu: Fr. 1'003'400

Verbesserung: Fr. 897'200

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Das ist ein Unternehmen im Unternehmen Kanton. Sie haben folgende Vorteile: Sie können selbstständig handeln. Sie haben für ihre Produkte, die sie verkaufen, an sich gute Preise. Schon wird man mir widersprechen, dass sie keine Monopolpreise haben. Wenn aber natürlich ein Lehrmittel für den Kanton obligatorisch ist, dann hat das zwei Wirkungen. Das eine ist, dass man den Preis mehr oder weniger bestimmen kann. Wenn ein Lehrmittel obligatorisch ist, dann hat das immer einen Synergieeffekt, weil dann andere Schulen das auch haben müssen. Was ich von dieser Rechnung nicht habe, ist das Inventar. Als ich das früher einmal beanstandet habe, dass es besser rentieren könnte, dann hiess es, man hätte das Warenlager noch nicht ganz richtig bewertet, sonst wäre das Ergebnis anders. Wenn man diese Zahlen anschaut, dann sieht man durchaus, dass sie noch etwas initiativer sein und das Ergebnis verbessern könnten. Das wollen wir mit diesem Vorschlag erreichen.

Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Abstimmung

Der Antrag 38a wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 38a mit 93 : 46 Stimmen ab.

Konto 4910, Steuererträge

Ratspräsident Hans Peter Frei: Dieses Globalbudget wurde mit der Vorlage 4282a über den Steuerfuss bereits erledigt.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Ratspräsident Hans Peter Frei hat gesagt, dass der Antrag 39 sowie der dazugehörige Minderheitsantrag 39a mit dem gestrigen Entscheid über den Steuerfuss hinfällig geworden ist. Es ziemt sich nicht, dem Ratspräsidenten zu widersprechen. Bitte entschuldigen Sie, wenn ich diesbezüglich aber nicht ganz so sicher bin, ob das hier zutrifft. Erlauben Sie mir, Ihnen zu erklären, weshalb ich dieser Meinung bin.

Die Kantonsverfassung schreibt in Artikel 31 Absatz 6 vor: «Dem Kantonsrat kommt zu die Festsetzung des jährlichen Voranschlags des Staatshaushalts, wobei eine Mehrausgabe oder Saldoverschlechterung gegenüber dem Entwurf des Regierungsrates der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder bedarf.» Sie kennen diesen Passus. Es ist einer von zwei Teilen der berühmt-berüchtigten Ausgabenbremse. Das Zauberwort in diesem Zusammenhang heisst nun Saldoverschlechterung. Wie Sie alle wissen, führte der gestern gefällte Entscheid dazu, dass der Voranschlag 2006 durch die Festsetzung des Steuerfusses auf 100 Prozent eine Saldoverschlechterung von 225 Millionen Franken erfährt. Dies geht auch aus dieser Vorlage hervor. Wie Sie alle auch wissen, weil Sie alle anwesend waren, kam dieser Entscheid mit 90 Stimmen zu Stande. Damit ist die Vorgabe der Kantonsverfassung, dass die Saldoverschlechterung einer Mehrheit der Mitglieder dieses Hauses bedarf in diesem Fall ganz klar nicht zu Stande gekommen. Es liegt deshalb in meinen Augen möglicherweise eine Verletzung der Ausgabenbremse vor. Nach der Verletzung der Saldoneutralität beim Sanierungsprogramm 04 ist eine erneute Verletzung der Ausgabenbremse, möchte ich hinzufügen. Ich bin nicht Jurist. Ich kann nicht beurteilen, was aus dieser Feststellung zu folgen hat. Das ist Sache des Ratspräsidiums.

Ich kann nicht beurteilen, ob es möglich und zulässig wäre, ein Rückkommen zu dieser Frage zu beantragen. Auf jeden Fall bin ich aber der Meinung, dass berechtigte Zweifel darüber bestehen, ob der Entscheid des Kantonsrates zum Steuerfuss für die Jahre 2006 und 2007 rechtsgenügend zu Stande gekommen ist. Wie auch immer die Rechtsverständigen diese Frage beurteilen mögen, zeigt dieses Beispiel aber zumindest einmal mehr, wie fehlerhaft und ungenügend die Ausgabenbremse konstruiert ist und dass sie deshalb am besten abgeschafft gehörte.

Ernst Züst (SVP, Horgen): Der Kantonsrat hat die Budgethoheit. «Steuern» ist ein Geschäft, und «Ausgaben» ist ein anderes Geschäft. Diesbezüglich ist die Steuerfussabstimmung rechtlich gültig zu Stande gekommen. Das würde sonst heissen, dass die Regierung quasi ein eigenes Kaiserreich wäre. Die könnten machen, was sie wollen. Die Budgethoheit hat der Kantonsrat. Das ist genau der Konstruktionsfehler der Verwaltungsreform. Die Regierung und der Kantonsrat verkehren immer auf der gleichen Ebene. So wollen Sie auch das CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*). Dort ist genau der Wurm drin. Im CRG muss auch die Budgethoheit besser verankert werden. Diesbezüglich werden wir sicher noch darüber reden.

Stefan Feldmann (SP, Uster), spricht zum zweiten Mal: Ich gebe Ernst Züst in einem Punkt Recht. Der Kantonsrat hat die Budgethoheit. Er hat sich bei der Ausübung dieser Budgethoheit aber auch an die Kantonsverfassung zu halten. In der Kantonsverfassung wurde von Ihrer Seite die Ausgabenbremse verankert, um genau dem Kantonsrat gewisse Einschränkungen aufzuerlegen. Wenn in diesem Ratssaal ein Aufstockungsantrag durchkommt, weil er eine Mehrheit findet, aber er nicht die Mehrheit der Mitglieder dieses Rates findet, dann ist er nicht zu Stande gekommen. Da können wir auch nicht sagen, der Kantonsrat habe die Budgethoheit. Tatsache ist, auch der Kantonsrat hat sich bei der Ausübung seiner Budgethoheit an die Kantonsverfassung zu halten. Die schreibt vor: «Bei Saldoverschlechterungen müssen 91 Mitglieder zustimmen.» Dies war gestern nicht der Fall. Ich weiss nicht, was daraus zu folgern ist. Es bestehen aber berechtigte Zweifel, ob der Entscheid rechtsgenügend zu Stande gekommen ist.

Beat Walti (FDP, Erlenbach): Ich möchte hier keine gelehrte Vorlesung halten. Ich glaube allerdings, dass es sich bei der Festsetzung des Steuerfusses in einer separaten gesetzlichen Vorlage in eigener Form um eine Spezialnorm handelt, die der allgemeinen Vorschrift hier im Konkreten vorgehen dürfte. Ich weise darauf hin, dass wir bei der letzten Abstimmung beispielsweise, wenn wir dieses Prinzip diskutieren, nicht einfach auf die Mehrheitsverhältnisse hätten schauen müssen, sondern überlegen, ob allenfalls für den Erhöhungsantrag 90 Stimmen oder mehr zu Stande kommen müssen.

Ich schlage vor, dass das Präsidium in einer ruhigen Stunde diese interessante Frage von Stefan Feldmann abklärt und wir jetzt mit den Beratungen weiterfahren.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Mir wurde in der Zwischenzeit mitgeteilt, dass diese Frage offensichtlich vor drei Jahren geklärt wurde. Wir werden das auf den nächsten Montag aufbereiten. Das können wir nicht heute definitiv entscheiden. Ich werde Sie am nächsten Montag zu Beginn der Vormittagssitzung informieren. Sie sind damit einverstanden.

Konto 4930, Kapital- und Zinsendienst Staat

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 4940, Liegenschaftenerfolg

Antrag 40. **Antrag der StGK und der FIKO**

alt: Fr. - 11'484'100

neu: Fr. - 15'084'100

Verbesserung: Fr. 3'600'000

Der Kanton Zürich verfolgt seit vielen Jahren eine Politik von Desinvestitionen. Seit vielen Jahren korrigiert der Kantonsrat aufgrund der Jahr für Jahr realisierten Buchgewinne den Budgetantrag der Regierung. Die Zahlen der jeweiligen Jahresrechnungen bestätigen die Richtigkeit der Korrekturen des Kantonsrates. In den Jahren 2003 und 2004 wurden im Durchschnitt rund 11 Millionen Franken Buchgewinne realisiert. Im Jahr 2002 wurden sogar 23,1 Millionen Franken Buchgewinne erzielt. Die für das Jahr 2006 vorgenommene Änderung wird sich als absolut realistisch erweisen.

Regierungsrat Hans Holleinstein: Sie möchten diesen Ertrag erhöhen. Da habe ich alles Verständnis bei dieser Finanzlage. Allerdings muss ich Ihnen sagen, dass vom Grundsatz her die Regierung an ihren Anträgen festhält. Mit Liegenschaftenverkäufen sind etwelche Unsicherheiten verbunden. Wenn wir etwas mehr erreichen können, machen wir das gerne. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Sie würden den Antrag ablehnen.

Pierre-André Duc (SVP, Zollikon): Die Kommission für Staat und Gemeinden hat den Antrag einstimmig gefällt. Der Kanton führt seit Jahren eine Politik von Desinvestitionen bei den Liegenschaften des Finanzvermögens. Durch den Verkauf der vom Kanton nicht mehr benötigten Liegenschaften werden Kapitalgewinne realisiert. Seit Jahren budgetiert die Liegenschaftenverwaltung diese Gewinne viel zu tief. Jahr für Jahr genehmigt der Kantonsrat den Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden, diesen Betrag zu erhöhen. Jahr für Jahr erhält der Kantonsrat Recht, indem die Rechnung immer mit einem höheren Betrag als vom Kantonsrat budgetiert abschliesst.

Dieses Jahr bitte ich Sie daher erneut, eine Budgetkorrektur vorzunehmen. Der Antrag der Regierung lautet 7,4 Millionen Franken Gewinne. Im Namen der Kommission für Staat und Gemeinden ist der Antrag auf 11 Millionen Franken zu erhöhen, das heisst eine Erhöhung um 3,6 Millionen Franken. Diese 11 Millionen Franken entsprechen dem Durchschnitt der letzten zwei Jahre. Im Jahr 2002 waren es über 20 Millionen Franken, die eingenommen wurden.

Ich bitte Sie wie die Mitglieder der Kommission für Staat und Gemeinden, diesem Antrag zuzustimmen.

Abstimmung

Der Antrag 40 wird dem Antrag des Regierungsrates gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Antrag 40 mit 108 : 0 Stimmen zu.

Konto 4950, Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

Antrag Julia Gerber Rüegg

alt: Fr. 202'241'446

neu: Fr. 168'241'466

Verschlechterung: Fr. 34'000'000

Gewährung des vollen Teuerungsausgleichs von 0,9 %

Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil): Namens der SP-Fraktion stelle ich Ihnen den Antrag, dem Zürcher Staatspersonal für das Jahr 2006 die Teuerung von 0,9 Prozent auszugleichen.

Die SP-Fraktion hat zusammen mit ihren Verbündeten – das darf mit Fug und Recht behauptet werden – bis an oder über die Schmerzgrenze hinaus Hand geboten, um den Staatshaushalt aus der derzeitigen Schieflage zu retten. Wir sind bereit gewesen, vor das Personal hinzustehen und zu erklären, dass nicht nur die Gutbetuchten einen Beitrag an die Sanierung der Staatsfinanzen leisten müssen, sondern auch die Staatsangestellten. Die einen zahlten etwas mehr Steuern. Die anderen nahmen Lohnneinbussen in Kauf. Das wäre ein gemeinsames Projekt gewesen.

Sie haben im Auftrag derjenigen, die schon mehr als genug haben, gestern die Opferbereitschaft des Personals mit Verachtung gestraft und weit von sich gewiesen. Sie haben wider besseres Wissen beschlossen, den Steuerfuss bei 100 Prozent zu belassen. Wie verheerend sich das in naher Zukunft auswirken wird, wurde in diesem Saal schon zur Genüge ausgeführt. Neben den anderen Schäden bedeutet aber die unnötige Verschärfung des Spardrucks ganz besonders eine weitere hohe Belastung für die Menschen, die für diesen Staat arbeiten. Um Entlassungen wird der Kanton Zürich unter den finanzpolitischen Rahmenbedingungen, die die rechte Ratsseite gestern gesetzt hat, nicht herumkommen. Entlassung heisst nicht nur Existenznöte für die Entlassenen. Entlassungen heisst für die verbleibenden Angestellten die gleiche Arbeit in noch besserer Qualität unter schlechteren Bedingungen und mit weniger Leuten zu erbringen.

Jeder Personalchef, auch Regierungsrat Hans Hollenstein, weiss, dass gerade in schwierigen Zeiten ganz besonders auf motiviertes Personal gezählt werden muss. Mit einem starken Team, das weiss, dass sein Einsatz gewürdigt wird, lassen sich solch grosse Herausforderungen besser bewältigen als mit frustrierten Angestellten, die wissen, dass sie trotz guter Leistungen verhöhnt werden. Wenn ich aber Alfred Heer, Barbara Steinemann und Konsorten heute zugehört habe, so kommen ihre Voten einer einzigen Verhöhnung der staatlichen Leistungen und der Menschen, die sie erbringen, gleich. Das ist ungehörig und nicht die Demonstration vor dem Rathaus! Merken Sie sich das.

Wenn der Zürcher Regierungsrat seinen Angestellten den Teuerungsausgleich vorenthält, ist unser Kanton auf dem Weg, einer der rückständigsten Arbeitgeber zu werden. Kein anderer privater oder öffentlicher Betrieb lässt dieses Jahr seine Leute ganz leer ausgehen, ausser

dieser Kanton. Nein, ich kann mir nicht denken, dass Sie auf der rechten Ratsseite bei der FDP das verantworten wollen. Damit würden Sie beweisen, dass Sie nichts von Personalführung verstehen. Sie, die in Anspruch nehmen, die Führungsetagen der Unternehmungen in diesem Rat zu vertreten. Gerade nach Ihrem Sparentscheid von gestern ist dieser Kanton auf hoch motivierte Angestellte angewiesen, sei das in den Werkhöfen im ganzen Kanton, sei das bei der Polizei, sei es im Gesundheits- oder Bildungswesen oder sei es bei den Raumpflegerinnen des Steueramtes. Da will die Regierung BVK-Prämien sparen, indem sie diese Leute «privatisiert». Das ist beschämend.

Ich habe jetzt vielleicht etwas schwarz gemalt, weil ich denke, dass sie gut zugehört haben und sich Ihrer Verantwortung bewusst wurden. Stellen Sie bitte das Geld für den Teuerungsausgleich in dieses Budget ein. Diese 34 Millionen Franken sind nicht einmal 1 Steuerprozent! Sie sind aber eine Voraussetzung dafür, dass die schwierige finanzielle Situation, in die Sie diesen Kanton manövrieren, mit motiviertem Personal bestmöglichst gemeistert werden kann. Ich fordere Sie im Namen der SP auf: Stimmen Sie dem Aufstockungsantrag zu!

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Ich bitte Sie, den vollen Teuerungsausgleich zu gewähren ungleich der letzten Jahre. Sehen wir uns an, was am runden Tisch als Opfersymmetrie verhandelt worden ist, ein Drittel des Kuchens zu zwei Dritteln, was eine gewisse spekulative Symmetrie ist. Wenn wir jetzt ansehen, dass das eine Drittel, das einnahmenseitig gekommen wäre und geholfen hätte zu verstehen, dass nicht nur bei den Leistungen und auf dem Buckel des Personals gespart wird, gestern noch weggebrochen ist, dann ist von Symmetrie und von Gerechtigkeit mit Sicherheit gar nichts mehr übrig – aber nicht ein Jota!

Gewähren Sie den vollen Teuerungsausgleich als eine gescheite Investition in motiviertes Personal und gute Dienstleistungen in diesem Kanton. Setzen Sie ein Signal gegen die Demontagepolitik auf dem Buckel des Staatspersonals, die seit Jahren im Kanton Zürich betrieben wird.

Werner Bosshard (SVP, Rümlang), Präsident der Finanzkommission: Wir haben jetzt zwei Werbespots von VPOD-Vertretern gehört. Wir haben bisher jedes Jahr gehört, der Teuerungsausgleich sei in der

Kompetenz des Regierungsrates. Natürlich ist sein Korsett jetzt eng geschnitten. Das ist aber nicht unser Problem, den Teuerungsausgleich zu bezahlen. Das macht der Regierungsrat mit seiner Personalpolitik.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Wir haben jetzt den SVP-Werner-Bosshard-Werbespot gehört. Es ist wahr, die Regierung kann bestimmen, aber wir haben die Budgethoheit. Wir stellen das Geld bereit und geben ein Signal an die Regierung, was sie damit machen könnte. Wir wissen, wer entscheidet. Das haben wir immer gewusst. Wir wissen aber auch, dass man Signale aussenden kann.

Wir von der EVP-Fraktion aus sehen diese Frage nicht ideologisch, sondern einfach wertneutral. Wir gehen davon aus, dass dieser Rat so entschieden hat, dass er den Reichsten Steuerreduktionen gewährt hat, dass das Personal in den letzten Jahren tatsächlich sehr viel und sehr oft Opfer gebracht hat. Wir sagen Ja zu einem vollen Teuerungsausgleich. Der Kanton Zürich soll weiterhin ein anständiger Arbeitgeber sein. Wir möchten auch dann, wenn die Wirtschaft einen Aufschwung hat, dass wir konkurrenzfähige Arbeits- und Lohnsituationen haben. Wenn wir neu Leistungs- und Stufenanstiege machen, wird das einseitig, nur auf ein Segment des Personals beschränkt. Wir möchten, dass auch die unteren Einkommen einen Teuerungsausgleich und damit die Kaufkraftsicherung haben. Wer die Kaufkraftsicherung gewährleistet, der sichert auch mit, dass Leute Geld ausgeben und hilft mit, wenn man weiss, dass 60 Prozent des Bruttosozialprodukts Privathaushalte sind – Ernst Züst, das sollten auch Sie sich merken –, wie wichtig es ist, wenn wir den Aufschwung haben, dass die Leute das Geld auch ausgeben.

Wir werden den Antrag unterstützen und bitten Sie, dasselbe zu tun.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Julia Geber hat gebeten, man solle gut aufpassen. Ich habe sehr gut aufgepasst und stelle Ihnen eine Frage. Wir können einen Trend feststellen. Sie haben auch von einem Trend gejammert. Der Trend ist aber der, dass immer mehr Leute etwas vom Staat beziehen. Das sind nicht nur die Vollbeschäftigten. Es gibt auch in der Schule Aufgabenhilfen. Es gibt im Sozialbereich Freizeitunterstützung. Es gibt immer mehr Leute, die direkt oder indirekt für den Staat tätig sind. Was passiert – das könnten Sie uns vielleicht in einem Jahr beantworten –, wenn 70 oder 80 Prozent der Menschen in einem Land vom Staat Geld beziehen? Wo ist dann der Motor, wo das Geld herkommt? Wir müssen hier ein Gleichgewicht fin-

den. Da haben Sie irgendwie die falsche Optik. Ich möchte jetzt nicht Stefan Feldmann nachmachen, der sieben Mal hintereinander «sozial» sagt. Das ist aber doch ein Punkt, den Sie sich überlegen müssen. In welchem Denkmodell, Julia Gerber, befinden Sie sich eigentlich? Wo ist das Ende, wo das noch weitergeht? Der Staat ist nicht allmächtig. Jetzt kommt die andere Frage. Wie sozial ist es, wenn ein Staat einen Haushalt führt, dass wir am Schluss der Jugend die Schulden überlassen? Ist das noch sozial?

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Seit gestern ist unsere Finanzsituation in Schieflage geraten. Es wird nur noch einseitig gespart, insbesondere zulasten des Personals. Die Opfersymmetrie stimmt nicht mehr. Eine Korrektur ist angebracht. Ein Antrag dazu ist gestellt. Wir unterstützen ihn. Denken Sie daran, dass auch in der Wirtschaft anständige, um nicht zu sagen erfreuliche Lohnerhöhungen ausgezahlt werden. Mit 34 Millionen Franken hat der Regierungsrat die Möglichkeit, entsprechend zu disponieren. Er soll dann entscheiden, wie es in seiner Macht steht gemäss unseren gesetzlichen Grundlagen. Geben wir ihm die Gelegenheit. Die CVP-Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Peter Weibel (Grüne, Horgen): Wie heisst es so schön? Zwei Herzen sind ach in meiner Brust. Nachdem die Enthaltung das letzte Mal nicht so auf allseitige Gegenliebe gestossen ist, teile ich Ihnen unsere Überlegungen mit, weshalb wir den Antrag unterstützen.

Wir sind der Meinung, die strukturelle Besoldungsrevision tut absolut Not. Da muss man vorwärts machen. Dort muss man Umverteilungen ins Auge fassen. Dort muss man auch Mut haben. Bis die strukturelle Besoldungsverordnung nicht auf dem Tisch liegt, sind wir nicht bereit, den Staatsangestellten den Teuerungsausgleich vorzuenthalten.

Regierungsrat Hans Hollenstein: Der volle Teuerungsausgleich, der jetzt gefordert wird, ist zwar ein sehr sympathisches Anliegen. Das Personal verdient ihn auch. Bedenken Sie aber, dass wir am runden Tisch noch von einem Steuersatz von 105 Prozent ausgegangen sind. Schon damals haben wir eingesehen, dass eine 0-Prozent-Teuerungsrunde, dass also keine Teuerung für das folgende Jahr ansteht. So hat es der Regierungsrat beschlossen.

Ich bedaure es, zulasten des Personals Ihnen aus finanzieller Verantwortung heraus beantragen zu müssen, diesen Antrag abzulehnen. Es

fehlen nächstes Jahr bereits wegen der Beibehaltung des Steuerfusses auf 100 Prozent 225 Millionen Franken. Wenn jetzt noch deren 34 Millionen Franken dazukommen, dann wird das Loch noch grösser.

Im Namen des Regierungsrates beantrage ich Ihnen, den Antrag auf Teuerungsausgleich abzulehnen.

Abstimmung (Die Abstimmung unterliegt der Ausgabenbremse.)

Der Antrag Julia Gerber Rüegg wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Antrag Julia Gerber Rüegg mit 86 : 83 Stimmen zu. Das Quorum von 91 Stimmen der Ausgabenbremse wurde nicht erreicht. Der Antrag ist abgelehnt.

Konto 4970, Sanierungsprogramm Personalmassnahmen

Antrag 41a. ***Minderheitsantrag Hansueli Züllig, Werner Bosshard, Theo Toggweiler und Ernst Züst (FIKO)***

alt: Fr. - 11'000'000

neu: Fr. - 10'780'000

Verbesserung: Fr. 220'000

Nach den Erfahrungen des Jahres 2004 wird dieser Betrag zu hoch eingesetzt.

Hansueli Züllig (SVP, Zürich): Bei der Position 4970 handelt es sich um reine Sozialplankosten. Diese Sozialplankosten richten sich zwar nach der Anzahl der zu reduzierenden oder auch der künftig abzubauenen Stellen. Doch hat die Vergangenheit immer gezeigt, dass man hier zu hoch budgetiert hat.

Wir bitten Sie daher um eine Budgetkorrektur, die prozentual etwa den vergangenen Jahren entspricht. Wir stellen den Antrag, diese Position um 220'000 Franken zu reduzieren.

Regierungsrat Hans Hollenstein: Wenn wir Leute kündigen müssen, dann ist der Sozialplan eine notwendige Sache. Es ist für mich schon schlecht genug. Lieber hätten wir, wenn jemand wieder eine Stelle

hätte. Es wäre ein ganz falsches Signal, nun dem Personal auch diesen Hoffnungsschimmer für jene, die unsere Verwaltung verlassen müssen, auch das noch wegzunehmen.

Verstehen Sie mich richtig. Wir zahlen nur das aus, was nötig ist. Wir haben auch die Instrumente, dass man nicht zu viel zahlt. Wir haben auch bewiesen, dass wir mit dem sorgfältig umgehen. Vergessen Sie nicht, dass es zum Teil bereits vertragliche Bestimmungen gibt. Diese können wir nicht durch einen Ratsentscheid aufheben.

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag 41a wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 41a mit 97 : 51 Stimmen ab.

Konto 4980, Lotteriefonds des Kantons Zürich

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Volkswirtschaftsdirektion

Konto 5000, Generalsekretariat

Antrag 42a. ***Minderheitsantrag Arnold Suter, Peter Good, Emil Manser, Hansjörg Schmid und Claudio Zanetti (WAK)***

alt: Fr. - 4'266'850

neu: Fr. - 4'129'870

Verbesserung: Fr. 136'980

Linearer Kürzungsantrag: 2 % des Aufwands.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg): Aus Effizienzgründen spreche ich zu drei Konten gleichzeitig, und zwar 5000, Generalsekretariat, 5100, Landschaft und Natur sowie 5300, Wirtschaft und Arbeit.

In der Volkswirtschaftsdirektion wurden in den letzten Jahren, was die Konten der WAK anbelangt, die grössten Sparanstrengungen unternommen, um den Aufwand zu reduzieren. Wären in den anderen Direktionen nur ähnliche Anstrengungen unternommen worden, hätte heute Abend ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden können. Wegen der Opfersymmetrie halten wir aber auch hier an der 2-pro-

zentigen linearen Kürzung fest. Übrigens, beim Amt für Landschaft und Natur sind die durchlaufenden Bundesbeiträge ausgeklammert, sodass die Kürzung nur 1,7 Millionen Franken beträgt. Auch beim Amt für Wirtschaft und Arbeit sind der Vollzug AVIG (*Bundesgesetz über die Arbeitslosenversicherung und Insolvenzentschädigung*) und die Kantonsbeiträge zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung ausgenommen, sodass die Aufwandreduktion lediglich 540'000 Franken beträgt. Trotz der eingangs gemachten Feststellung zur Volkswirtschaftsdirektion erachten wir diese im Skontobereich liegende, sehr moderate Kürzung als absolut vertretbar und angebracht.

Noch eine Bemerkung zum Minderheitsantrag Ralf Margreiter: Er ist wirklich ein Weltmeister im Geldausgeben und im Beschäftigen unserer Verwaltung. Ich hoffe nur, dass bei ihm zuhause seine Lebenspartnerin den Haushalt verwaltet. Sonst hat sein Nachwuchs bald nichts mehr zu essen.

In diesem Sinn lehnen Sie getrost den Antrag von Ralf Margreiter ab und unterstützen Sie denjenigen der SVP.

Abstimmung

Der Antrag 42a wird dem Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 42a mit 97 : 49 Stimmen ab.

Konto 5100, Landschaft und Natur

Antrag 43a. *Minderheitsantrag Arnold Suter, Peter Good, Emil Manser, Hansjörg Schmid und Claudio Zanetti (WAK)*

alt: Fr. - 56'927'600

neu: Fr. - 55'226'820

Verbesserung: Fr. 1'700'780

Aufwandreduktion um 2 %, in diesem Fall ohne durchlaufende Bundesbeiträge.

Abstimmung

Der Antrag 43a wird dem Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 43a mit 91 : 46 Stimmen ab.

Antrag 44a. **Minderheitsantrag Ralf Margreiter (WAK)**

alt: Fr. - 56'927'600

neu: Fr. - 57'262'600

Verschlechterung: Fr. 335'000

Verzicht auf MH06 Nr. 510'005. Beim Wald wurde schon genug gespart.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Lieber Arnold Suter, in Sachen Beschäftigungstherapie, um Ihren Hinweis von vorhin aufzugreifen, bin ich der Meinung, dass die SVP bewiesen hat, dass sie Weltmeisterin oder mindestens Kantonalmeisterin ist mit Ihrer Disziplin, die Sie mit vielen vergnüglichen Anträgen untermauert haben und die Sie gestern, heute und noch an vielen weiteren vergnüglichen Sitzungen zu diesem Voranschlag unter Beweis stellen werden. Es ist ein bisschen die Situation, dass Sie im Glashaus sitzen, wenn Sie mit diesen Steinen werfen.

Immerhin gibt es immer einmal wieder eine freudige Überraschung, eine Ausnahme aus den inflationär gestreuten, uninspirierten Rasenmäheranträgen aus Ihrer Fraktion. Etwas, das sich vielleicht auch inhaltlich wieder einmal abhebt.

Immerhin geht es hierbei um etwas, was nur langfristig in den Griff zu kriegen ist und nur so richtig verstanden werden kann: unseren Wald. Wir hören seit Jahren in epischer Länge von unseren Sparaposteln, es sei in unserem Kanton nachhaltig zu wirtschaften. Dann schauen wir da einmal genau hin. Wenn man Pflegemassnahmen im Staatswald vernachlässigt, vermindern wir nicht das Kapital unserer Kinder, sondern dasjenige unserer Enkel. Die Pflegemassnahmen dienen dazu, höherwertige Bestände zu erzielen, die man zu einem guten Preis verkaufen kann. Ein schöner Stamm, den man als Furnierholz verkaufen kann, bringt ein Mehrfaches an Erlös, als wenn man ihn als Energieholz durch den Häcksler lässt. Das müsste einleuchten.

Wenn man die Arbeit unserer Förster und Forstarbeiter so gering achtet, so ist das eine Schande. Mit der ständigen Sparerei beim Wald tut dieser Rat also das Gegenteil dessen, was behauptet wird, nämlich langfristig und ökonomisch zu denken. Wir fordern darum den Verzicht auf die Massnahme MH06-Geschichte im Wald. Leistungen, die dieser Rat heute streicht, können nicht einfach morgen nachgeholt werden, wenn sich Ihre Sparhysterie dereinst endlich gelegt haben

wird und Sie wieder bereit sind, in die nachhaltige Entwicklung des Kantons zu investieren, statt das Geld einem kleinen Teil der Bevölkerung über Steuergeschenke in den Rachen zu werfen.

In Konsequenz dieser Erkenntnis müssen auch Sie zum Schluss kommen, diesen kleinen Betrag zusätzlich zu sprechen. Arnold Suter, ich kann den Bogen jetzt zurückgeben, hat einleitend zu seinem Votum gesagt, dass im ALN schon genug gespart worden ist. Halten Sie sich doch an diese Erkenntnis.

Abstimmung (Der Antrag untersteht der Ausgabenbremse.)

**Der Antrag 44a wird dem Antrag der WAK gegenübergestellt.
Der Kantonsrat lehnt den Antrag 44a mit 88 : 69 Stimmen ab.**

Antrag 45a. *Minderheitsantrag Ralf Margreiter (WAK)*

alt: Fr. - 56'927'600

neu: Fr. - 57'877'600

Verschlechterung: Fr. 950'000

Verzicht auf MH06 Nr. 510'006-8. Durch die Vernachlässigung von Massnahmen zur Erhaltung der Biodiversität droht der Verlust von seltenen Pflanzen und Tieren.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Bei einer Umfrage in England wurde gefragt, was Biodiversität sei. 80 Prozent antworteten, das sei eine neue Waschmittelmarke. Nun, das ist es nicht. Der Zusammenhang liegt wohl darin, dass wir bedrohte Pflanzen und Tierarten nur noch an der Glotze im Umfeld von Waschmittelwerbung sehen.

Es geht bei diesem Antrag nicht um spektakuläre Sachen, nicht um Luchs- oder Braunbäransiedlung. Es geht um den schleichenden Verlust einzelner Arten, seien es Orchideen, Heuschrecken, Nachtfalter, Fledermäuse, Fische, Vögel, Amphibien, Reptilien und so weiter. Dies ist unter anderem im Umweltbericht des Kantons Zürich nachzulesen. Zielvorgabe ist dort der Erhalt der Artenvielfalt.

Ich lade Sie ein, im kommenden Mai mit den Sektionen des Zürcher Vogelschutzes die Biodiversität an den schönsten Orten des Kantons zu erleben. Sie bekommen noch eine Einladung. Ebenso lade ich Sie ein, die Artenbevölkerung zu verstärken und diesen Antrag zu unterstützen.

Abstimmung (Die Abstimmung unterliegt der Ausgabenbremse.)

**Der Antrag 45a wird dem Antrag der WAK gegenübergestellt.
Der Kantonsrat lehnt den Antrag 45a mit 90 : 73 Stimmen ab.**

Konto 5200, Amt für Verkehr

Antrag 46a. *Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)*

alt: Fr. - 5'188'200

neu: Fr. - 5'013'500

Verbesserung: Fr. 174'700

Aufwandreduktion um 2% durch Effizienzsteigerung.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Das Amt für Verkehr leistet sehr gute Arbeit. Ich hatte die Möglichkeit, in der KEVU mit der Subkommission Flughafen das Amt für Verkehr zu besuchen und entsprechende Fragen zu stellen. Wir haben festgestellt, dass gut gearbeitet wird und die Ausgaben im Rahmen verlaufen. Der Grossteil der Ausgaben ist im Zusammenhang mit dem Flughafen zu sehen und dem anlaufenden SIL-Prozess. Diesen können wir aber noch nicht abschätzen. Wir wissen auch nicht, was es kostet. Zudem ist ein Grossteil auf kantonsrätliche Vorstösse und gewisse Initiativen zurückzuführen, die auch noch bearbeitet werden müssen. Die Verbesserung um 174'700 Franken kann also um ein Leichtes aufgefangen werden, indem sich der Kantonsrat in Zurückhaltung mit Vorstössen übt und den Flughafen in Ruhe atmen lässt. Zudem hat das Amt für Verkehr in den Rücklagen 92'788 Franken per 31. Dezember 2004. Das heisst wenn die Einsparungen im SIL-Prozess nicht nach Wunsch gemacht werden können, kann auf diese Rücklagen zurückgegriffen werden, und das Amt für Verkehr wird sehr gut über die Runden kommen.

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Ich beabsichtige, die Volkswirtschaftsdirektion heute fertig zu behandeln.

Abstimmung

Der Antrag 46a wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 46a mit 105 : 54 Stimmen ab.

Konto 5210, Finanzierung öffentlicher Verkehr

Antrag 47a. ***Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)***

alt: Fr. - 232'771'657

neu: Fr. - 227'918'757

Verbesserung: Fr. 4'852'900

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung.

Hans Badertscher (SVP, Seuzach): Auch beim Konto 5210, Finanzierung öffentlicher Verkehr, stellen wir einen 2-prozentigen Kürzungsantrag in der Höhe von 4,8 Millionen Franken. Der Verkehrsrat hat im Budget für die Förderung des ÖV-Freizeitverkehrs einen Betrag von 3 Millionen Franken eingestellt. Nach unserer Beurteilung ist diese Massnahme nicht zwingend, da es nicht das Kerngeschäft des ZVV betrifft. Der Betrag von 3 Millionen Franken könnte beispielsweise als Anteil der Kürzungssumme verwendet werden. Deshalb beantragen wir Ihnen, den Kürzungsantrag zu unterstützen.

Abstimmung

Der Antrag 47a wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 47a mit 106 : 54 Stimmen ab.

Antrag Thomas Maier

alt: Fr. - 232'771'657

neu: Fr. - 242'771'657

Verschlechterung: Fr. 10'000'000

Erhöhung Übertrag in den Fonds für den öffentlichen Verkehr um bei PJZ gekürzte 10 Millionen Franken. Hat ev. auch Auswirkungen auf 5920, Fonds für öffentlichen Verkehr, Übertrag aus laufender Rechnung.

Thomas Maier (GLP, Dübendorf): Wie bereits in der Eintretensdebatte angekündigt, stellen wir Grünliberalen nun einen respektive zwei miteinander zusammenhängende Anträge zum Voranschlag 2006. Nachdem wir als Kantonsrat beschlossen haben, den Steuerfuss bei 100 Prozent festzulegen und wir Grünliberalen weiterhin der Meinung sind, dass unser Staatshaushalt trotz zu optimistischen Wirtschaftsprognosen einen dringenden Handlungsbedarf bei strukturellen Prob-

lemen sowie zu hohen Investitionen hat, stellen wir stellvertretend dafür zwei Anträge. Natürlich ist es nicht so, dass unser Kanton wegen des nicht erhöhten Steuerfusses morgen zu Grunde geht. Diese Polemik sind wir nicht bereit, mitzutragen. Trotzdem müssen wir unserer Zukunft, der Lebensqualität und der Attraktivität, der Infrastruktur in unserem Kanton dringend Rechnung tragen. Diese Punkte sind nämlich neben den paar wenigen Franken, die der Durchschnittsbürger nächstes Jahr einspart, entscheidend. Mit dieser Ausgangslage sind wir klar der Meinung, dass wir uns im Restaurant nicht mehr das ganze Menü auf einmal leisten können. Wir müssen das Wünschbare vom Notwendigen trennen.

Klar wünschbar ist das neue Polizei- und Justizzentrum. Klar notwendig für unsere Bevölkerung und unseren Wirtschaftsstandort Zürich ist der Durchgangsbahnhof. Der Durchgangsbahnhof ist im Weiteren sogar für den Wirtschaftsstandort der ganzen Schweiz absolut zentral, als zentraler, lebenswichtiger Teil einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur. Alle anderen Massnahmen bei der Bahn bringen nichts ohne diese Erweiterung des Hauptbahnhofs Zürich.

Aus diesem Grund stellen wir den im Voranschlag 2006 saldoneutralen Antrag, die Planung für das PJZ zurückzustellen und 10 Millionen Franken im Konto 8100 für externe Planungen zu streichen. Damit wird es in den kommenden Jahren sogar noch mehr als saldoneutral, weil weitere Folgekosten ausbleiben. Klar ist aber auch, aufgeschoben ist nicht aufgehoben, aber mindestens priorisiert. Diese 10 Millionen Franken wollen wir hier in diesem Konto für den Durchgangsbahnhof beim Fonds für den öffentlichen Verkehr dazugeben. Leider, und das ist «Voranschlag-2006-ablaufsbedingt», kommt zuerst die Verschlechterung. Sie alle kennen das Ziel dieser gemeinsamen Anträge und kennen den Wind dahinter. Nun werden Sie sagen: Es gibt doch eine Volksabstimmung zum PJZ, die mit Ja endete. Das ist korrekt. Es gibt aber auch eine zum Durchgangsbahnhof, die mit einem noch viel deutlicheren Ja endete. Wir als Kantonsrat tragen die Verantwortung für die Finanzierung beider Projekte und müssen der Bevölkerung klar sagen, beides können wir uns nicht gleichzeitig leisten. Das PJZ bringt dem Standort und der Infrastruktur unseres Kantons bei weitem nicht so viel wie der dringend benötigte Durchgangsbahnhof.

Ich bitte Sie, mit uns Grünliberalen zusammen den Mut zu haben, diese Prioritäten bei den Investitionen zu setzen, aus dem Menü diese Zeile zu nehmen, die wir uns leisten können und beiden Anträgen zuzustimmen.

Thomas Hardegger (SP, Rümlang): Die SP unterstützt sicher alles, was dem Durchgangsbahnhof nützt und was seine rasche Realisierung bringen würde. Wir teilen ebenso die Sorge, dass wegen der Verzögerung wichtige Verbesserungen sowohl im Regionalverkehr wie aber auch im internationalen Verkehr nicht realisiert werden können. Dieser Antrag bringt uns aber nicht ans Ziel. Deshalb kann ihn die SP nicht unterstützen.

Es gibt Anstrengungen der Volkswirtschaftsdirektion zusammen mit anderen Kantonen, in Bern darauf hinzuwirken, dass hier keine Verzögerung stattfindet. Das wäre der richtige Weg, dass wir diese Anstrengungen unterstützen.

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Willy Germann (CVP, Winterthur): Die Ausführungen der Grünliberalen und die Auffassungen, die sie mehrmals geäußert haben, unterstütze ich voll, was den Durchgangsbahnhof betrifft, was die Notwendigkeit dieser Grossinvestition betrifft. Das ist eine Schlüsselinvestition. Dieser Antrag ist gut gemeint, ist aber kontraproduktiv. Es bestehen zwei Gefahren, zwei falsche Signale, die nach Bern gesandt werden können. Das eine könnte vom Regierungsrat gesandt werden im Sinne: «So sehr eilt es mit diesem Durchmesserbahnhof auch nicht.» Das zweite Signal der Grünliberalen könnte heissen: «Liebe Schweiz, wir haben genug Geld. Wir können das Geld vom einen Kässeli ins andere schieben.» Ich erinnere daran – da spreche ich vor allem den Regierungsrat an –, die Investitionen werden zwangsläufig überprüft. Tatsächlich gibt es Sparpotenzial. Man kann das eine oder andere hinausschieben. Ich erinnere an den Hochbau oder an die Standortkonzeption bei den Fachhochschulen. Eines muss von dieser Überprüfung ausgenommen werden – da wurden bereits falsche Signale gesandt –, das ist der Durchgangsbahnhof. Der Termin darf nicht in Frage gestellt werden. Im Moment sieht es aus, dass es in Bern gut aufgegleist ist. Man hat wohl letzte Woche im Ständerat ein Signal falsch verstanden, als der Ständerat den Vorstoss Rolf Hegetschweiler abgelehnt hat. Aber die Signale im Ständerat waren ganz klar: Über die zwei Kässeli Agglomerationsprogramme und über die Leistungsvereinbarung wird wahrscheinlich der indirekte Bau des Durchmesserbahnhofs gewährleistet sein.

Ich bitte Sie, diese Signale nicht nach Bern zu schicken, wir hätten genug Geld, wir können querfinanzieren.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Viele Worte wenig Sinn. Thomas Hardegger und Willy Germann haben versucht, sich zu profilieren, indem sie über die Durchmesserlinie referieren dürfen. Erstens ist zu diesem Antrag zu sagen, dass er formell nicht Stand hält und so gar nicht eingebracht werden kann. Falls Sie Fragen dazu haben, müssten Sie sich an Esther Arnet wenden. Sie weiss, wie das geht. Man muss zuerst die 10 Millionen Franken in den Fonds für den öffentlichen Verkehr einlegen und dann in die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs transferieren. So würde es funktionieren. In der Form, in der Sie das wünschen, geht es finanztechnisch nicht und ist daher auch formell abzulehnen.

Matthias Gfeller (Grüne, Winterthur): Es ist vorhin einiges von Signalen gesprochen worden. Wenn Signale falsch gestellt sind oder falsch ausgesendet werden, dann hat das insbesondere im öffentlichen Verkehr fatale Auswirkungen. Das falscheste Signal, das von diesem Saal ausgeht, und zwar auch nach Bern, das war der Entscheid von gestern, im Kanton Zürich den Steuerfuss nicht zu erhöhen. Dieser Entscheid ist ein bisschen entstanden unter dem Signal aus dem Kanton Obwalden, die Steuerkonkurrenz in der Schweiz würde sich immer weiter nach unten drehen. Wenn wir aber für einen Durchgangsbahnhof in Zürich freundeidgenössisch Gelder abholen möchten in Bern, dann müssen wir unbedingt dazu stehen und solche Zeichen setzen, dass wir im Kanton Zürich für den zürcherischen Anteil bereit sind, Gelder bereit zu stellen. Klar ist der Antrag von Thomas Maier nicht mehr als ein Signal. Es ist aber ein Korrektursignal zum Entscheid von gestern. Ich bitte Sie, diesem Signal zuzustimmen.

Abstimmung (Die Abstimmung unterliegt der Ausgabenbremse.)

Der Antrag Thomas Maier wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag Thomas Maier mit 136 : 20 Stimmen ab.

Konto 5300, Wirtschaft und Arbeit

Antrag 48a. **Minderheitsantrag Arnold Suter, Peter Good, Emil Manser, Hansjörg Schmid und Claudio Zanetti (WAK)**

alt: Fr. - 39'066'630

neu: Fr. - 38'526'294

Verbesserung: Fr. 540'336

Aufwandreduktion um 2 %, in diesem Fall ohne Vollzug AVIG und ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung ALV.

Abstimmung

**Der Antrag 48a wird dem Antrag der WAK gegenübergestellt.
Der Kantonsrat lehnt den Antrag 48a mit 107 : 50 Stimmen ab.**

Konto 5910, Waldfonds

Konto 5911, Wildschadenfonds

Konto 5920, Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs

Konto 5921, Fonds für den Flughafen

Konto 5930, Arbeitslosenfonds

Konto 9200, Arbeitslosenkasse

Konto 9300, Zürcher Verkehrsverbund

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Die Beratungen werden unterbrochen.

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

– **Grundlagen zum Anbieterprofil und zum Nachfrageverhalten in der Weiterbildung**

Postulat *Elisabeth Derisiotis-Scherrer (SP, Zollikon)*

– **Zeitgemässe Stadtentwicklung am Beispiel Glatttal**

Postulat *Jürg Stünzi (Grüne, Küsnacht)*

– **Geburtsformen und ihre Kosten**

Postulat *Cécile Krebs (SP, Winterthur)*

9902

- **Elektronische Abstimmungsanlage**
Parlamentarische Initiative *Renate Büchi (SP, Richterswil)*
- **Einweisung Psychiatrie**
Anfrage *Elisabeth Scheffeldt Kern (SP, Schlieren)*
- **Gleichbehandlung von Frau und Mann im Submissionsverfahren**
Anfrage *Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)*

Schluss der Sitzung: 22.05 Uhr

Zürich, 13. Dezember 2005

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 23.1.2006.